

Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf,
Antirassistisches Bildungsforum Rheinland,
Arbeitsstelle Neonazismus - Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neo-
nazismus der FH Düsseldorf (Hrsg.)

Parteien rechtsaußen

NRW und Düsseldorf vor den Landtagswahlen



- April 2010 -

Impressum

Herausgeber:

Antifa-Arbeitskreis an der FH

Düsseldorf

c/o AStA FHD

Georg-Glock-Str. 15

40474 Düsseldorf

Antirassistisches Bildungsforum Rhein-
land

c/o Le Sabot

Breite Straße 76

53111 Bonn

Arbeitsstelle Neonazismus - Forschungs-
schwerpunkt Rechtsextremismus und
Neonazismus der FH Düsseldorf

Universitätsstraße 1, Geb. 24.21

40225 Düsseldorf

Mitarbeit:

Alexander Häusler

Jörg Kronauer

Jürgen Peters

Sabine Reimann

Tomas Sager

Alexander Stockhaus

sowie Antifa-AK an der FH Düsseldorf

Layout:

Aletta Beck

Düsseldorf, 26. April 2010

Die Herausgeber bedanken sich herzlich
für die Unterstützung des Projektes bei

DGB – Region Düsseldorf-Bergisch Land
Düsseldorfer Appell

IG Metall Düsseldorf-Neuss

sowie bei den Studierendenschaften der
Heinrich-Heine-Universität und der
Fachhochschule Düsseldorf

Nachdrucke – auch auszugsweise – be-
dürfen der ausdrücklichen Genehmigung
der Herausgeber. Ebenso die Dokumenta-
tion der pdf-Fassung auf Homepages.
Wir bitten jedoch um Verlinkung.

Inhalt

Vorwort	3
Einleitung	4
Die extreme Rechte - Inhalte und Erscheinungsformen	5
Die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)	15
Die NPD in Düsseldorf	20
Die "Deutsche Volksunion" (DVU)	23
Die DVU in Düsseldorf	25
Die "Republikaner" (REP)	27
Die "Republikaner" in Düsseldorf	30
Die "Bürgerbewegung pro NRW"	33
"Pro NRW" in Düsseldorf	37
"Bund für Gesamtdeutschland", "Ab jetzt..." und "Deutsche Partei"	40
Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität"	42
"Deutsche Zentrumsparterie", "Partei Bibeltreuer Christen" und "AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie"	44
Handlungsmöglichkeiten gegen die extreme Rechte	47
Studentisches antifaschistisches Engagement	52
Selbstdarstellungen der Herausgeber	55
Unterstützer	57
Adressen und Kontakte	58

Werte Leserinnen und Leser,

in Wahlkampfzeiten hoffen die Parteien darauf, dass sie mit ihren politischen Botschaften mehr Menschen erreichen, als das im Alltag der Fall ist. So kann es nicht verwundern, dass in den Briefkästen Informationsmaterial der verschiedensten Parteien zu finden ist; in den Medien werden Politiker_innen und ihre zentralen Wahlversprechen vorgestellt, und an vielen Straßen reiht sich ein Wahlplakat an das nächste. Dabei kann es durchaus passieren, dass man von der werbenden Partei noch nie etwas gehört hat und das entsprechende Kürzel erstmals bewusst wahrnimmt.

Die vorliegende Broschüre will eine Übersicht über jene Parteien bieten, die sich rechts von der CDU um Gehör in der Öffentlichkeit und – weniger aussichtsreich – um Sitze im Landtag Nordrhein-Westfalens bewerben. Das entsprechende Spektrum reicht vom rechtskonservativen "Zentrum" und der christlich-fundamentalistischen "Partei Bibeltreuer Christen" über die rechtspopulistische "pro NRW" bis hin zu der seit vielen Jahrzehnten existierenden, zunehmend neonazistisch orientierten NPD. Insbesondere die Bedeutung der beiden letztgenannten erschließt sich allerdings nicht alleine über ihr Abschneiden bei Wahlen. Beide Organisationen können auf einen langjährig erfahrenen Stamm politischer Kader zurückgreifen; und ihr Versuch, mit Flugblattaktionen, Werbespots und Aufmärschen anti-islamische Ressentiments anzusprechen, ist mit der Erwartung verbunden, jenen beträchtlichen Bevölkerungsanteil zu aktivieren, der rassistische Einstellungen entwickelt hat.

Ich danke dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland und dem an der FH Düsseldorf seit vielen Jahren tätigen Antifa-Arbeitskreis für die Zusammenstellung der Informationen und die analytischen Beiträge. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen die extreme Rechte bedarf nicht nur der Kenntnis über deren Strategie und Auftreten, sondern auch ein vertieftes Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge. Auch hierzu enthält die Ausarbeitung einige Hinweise.

Mein Dank gilt auch dem Düsseldorfer Appell des Jugendrings der Stadt Düsseldorf, dem DGB – Region Düsseldorf-Bergisch Land, der IG Metall Düsseldorf-Neuss sowie den Studierendenschaften der Fachhochschule und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, die zur Finanzierung dieser Untersuchung beigetragen haben und das antifaschistische Engagement gegen Rechts inhaltlich unterstützen.

Prof. Dr. Fabian Virchow
Leiter des Forschungsschwerpunktes
Rechtsextremismus/Neonazismus an der
FH Düsseldorf

Einleitung

Zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen finden sich die Namen mehrerer Parteien rechts der Union auf den Stimmzetteln. Nicht immer ist für jede/n auf den ersten Blick klar, welche Inhalte sich hinter den jeweiligen Wahlgruppierungen verbergen. Denn neben offen neofaschistisch agierenden Parteien wie etwa der NPD gibt es andere Parteien des Rechtsaußenspektrums, die ihre rassistischen Inhalte verschleiern, um andere Wählerschichten erreichen zu können. War früher in diesen Kreisen die platte Parole "Ausländer raus" Ausdruck ihres dumpfen Rassismus, so versteckt sich dieser Rassismus aktuell oftmals hinter populistischen Parolen zur Verteidigung von "deutscher Leitkultur" und "christlichem Abendland" gegen "Islamisierung" und "Moscheebau".

Der maßgeblich von der rechtspopulistischen "Schweizerischen Volkspartei" (SVP) inszenierte Volksentscheid gegen Minarettbau in der Schweiz hat für die gesamte europäische Rechte gezeigt, wie mit rassistischen Kulturkampfparolen Mehrheiten zu erreichen sind. Deshalb sind – nicht nur – in Wahlkampfzeiten rechte Parolen kulturkämpferisch verkleidet. So plakatieren die "Republikaner" den Slogan: "Wir lassen die Kirche im Dorf – und die Moschee in Istanbul!" Die NPD plakatiert zur Landtagswahl Slogans wie "Bildung statt Minarette" und macht Kampagnen vor den Schulen unter dem Motto "Wir oder Scharia!" Die extrem rechte "Bürgerbewegung pro NRW" veranstaltete Ende März einen sogenannten Themenparteitag mit dem Slogan "Abendland in Christenhand" und kopiert zum Landtagswahlkampf gar das SVP-Plakat gegen Minarettbau.

Solche Parolen gelten in jenen Kreisen als gesamtgesellschaftlich konsensfähig.

Diese Annahme ist durchaus nicht unbegründet. Denn die Kombination Islam/Islamismus ist eines der zentralen Themen in den Medien und der Öffentlichkeit. Meist findet hierbei eine undifferenzierte Verknüpfung mit Integrationsfragen im multikulturellen Alltag statt. Damit wird die Debatte oft politisiert und zugleich emotionalisiert: Populistische Pauschalisierungen und politische Instrumentalisierungen dieses Themenfeldes verstärken ein gesellschaftliches Klima der Angst und Vorurteile, die negative Auswirkungen auf die Gestaltung eines interkulturellen Alltagslebens haben. Die pauschale Gleichsetzung von religiösen Fragen mit politisch motivierter Gewalt öffnet dabei das Tor für pauschale Kulturalisierung und Ideologisierung von Glaubensfragen und Integrationsanforderungen im alltäglichen gesellschaftlichen Miteinander.

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten rassistischer und nationalistischer Propaganda sowie eine umfassende Kenntnis der Struktur der Rechtsaußenparteien und ihrer Propagandatricks ist vonnöten. Deshalb haben wir diese Handreichung erstellt, um in komprimierter und leicht verständlicher Form eine aktuelle Hilfestellung für die konkrete Aufklärung über rechtspopulistische und kulturellrassistische Kampagnen von Rechtsaußen in Düsseldorf und Nordrhein-Westfalen bieten zu können. Mit der DVU nehmen wir auch eine extrem rechte Partei in den Blick, die nicht zu den Landtagswahlen antritt. Weiterhin gehen wir recht kurz auf einige kleine Parteien ein, die nicht der extremen Rechten zuzuordnen sind, wohl aber teilweise politische Anschauungen vertreten, die einem gleichberechtigten Miteinander aller Menschen im Wege stehen.



Foto: Mühlhaus/attenzione photographers

Die extreme Rechte – Inhalte und Erscheinungsformen

Diese Handreichung gibt einen Überblick über diverse Parteien und Gruppierungen rechts der Union, die im Hinblick auf die Landtagswahlen in NRW relevant sind.

Doch ab wann gehört eine Partei oder Gruppierung zur extremen Rechten? Wie sollen solche Organisationen bezeichnet werden? Handelt es sich um Neonazis, um Rechtspopulisten oder einfach um Rassisten?

Dieser Artikel möchte Klarheit in die Begrifflichkeiten bringen und auf die wichtigsten Ideologeelemente der extremen Rechten eingehen. Dabei geht es um mehr als nur um das Auftreten und um das Wirken extrem rechter Wahlparteien – extrem rechte und rassistische Einstellungen finden sich auch jenseits von NPD & Co., nicht zuletzt in Milieus, die gern der "gesellschaftlichen Mitte" zugerechnet werden.

Begriffsklärung: Neonazis, Rechtsextreme oder was?

Wer sich mit dem Phänomen "extreme Rechte" beschäftigen möchte, sieht sich zunächst einmal einem regelrechten Wirrwarr der Begrifflichkeiten gegenüber. Die extreme Rechte hat viele Namen: "Neonazis" oder "Neofaschisten", "Rechtsextreme" oder "Rechtsradikale", seit einiger Zeit auch "Rechtspopulisten". Oft werden diese Begriffe in den Medien, von der Politik und auch in der Wissenschaft synonym verwendet, ohne sie voneinander abzugrenzen oder sie genau zu definieren. Es lohnt sich also, die Begriffe näher zu bestimmen und dabei auch zu berücksichtigen, mit welcher Bedeutung sie aufgeladen sind.

Die Begriffe Neonazismus und Neofaschismus kennzeichnen den Versuch, nationalsozialistische und faschistische Bewegungen nach der Befreiung Europas im Jahr 1945 wiederaufzubauen. Der his-

torische Bezug auf den Nationalsozialismus tritt dabei deutlich hervor und wird von seinen Protagonisten – wenn überhaupt – nur notdürftig verschleiert.

Der Begriff des Rechtsradikalismus hingegen ist umstritten und wird seltener verwendet. Seit der Einführung des sogenannten "Radikalenerlasses" in Deutschland hat der Begriff "Radikalismus" ganz allgemein eine unrühmliche Bedeutung erlangt. Außerdem hat sein geschichtlicher Ursprung nichts mit der heutigen extremen Rechten zu tun: Im autoritären deutschen Kaiserreich wurden liberale und republikanisch orientierte Bürger als "Radikale" bezeichnet und staatlich verfolgt.

Seit den 1970er Jahren ersetzen die Verfassungsschutzbehörden den Begriff des Radikalismus in ihren Berichten weitestgehend durch den Begriff des Extremismus. Eng damit verbunden ist der Begriff der Verfassungsfeindlichkeit: Obwohl eine formaljuristische Definition fehlt, galten fortan jene Bestrebungen als "extremistisch", die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten und die repräsentative Demokratie in ihrem Bestand bedrohen.

In der öffentlichen Debatte hat sich allgemein der Begriff Rechtsextremismus durchgesetzt. Problematisch ist er trotzdem: Zum einen wird er inflationär verwendet, zum anderen ist er politisch stark aufgeladen. Inhaltlich ist er durch das extremismustheoretische Konstrukt der Verfassungsschutzbehörden bestimmt: Dort wird rein formalistisch zwischen einer "demokratischen Mitte" und "extremistischen Rändern" unterschieden, ohne die innere Verfasstheit dieser "Mitte" und der "Ränder" inhaltlich zu durchdringen. Es geht allein darum, starke Abweichungen von der "Mitte" zu identifizieren, ohne diese zu hinterfragen.

Dieser staatszentrierte extremismustheoretische Ansatz der "streitbaren Demokratie" ist analytisch unbrauchbar, will man eine zentrale Problematik rechtspopulistischer und extrem rechter Einflussnahme erfassen: die wechselseitige Abhängigkeit erstens struktureller Widersprüche in Wirtschaft und Gesellschaft, zweitens ihrer politischen Regulierung und drittens des Erstarkens der extremen Rechten. Das staatszentrierte Konzept der "streitbaren Demokratie" ist blind für politische Transformationsprozesse, die innerhalb des politischen Ordnungsgefüges Bewegungen nach rechts-außen bewirken, und es unterschlägt damit den Zusammenhang zwischen rechtem "Extremismus" und staatlicher Politik.

Dies lässt sich exemplarisch am Verhältnis zwischen rassistischer Gewalt und staatlicher Asylpolitik verdeutlichen. Die Extremismustheoretiker versuchen das Problem zunehmender "fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten" lediglich mit Verweis auf die Existenz extrem rechter Strukturen und auf deren "extremistische Ausrichtung" zu erklären; wer auf die Existenz eines Phänomens verweist, erklärt es allerdings noch nicht. Tatsächlich besteht das größte Problem mit rassistischen Gewalttaten darin, dass sich deren Protagonisten durch populistische Kampagnen der "gesellschaftlichen Mitte" gegen einen angeblichen "Asylnotstand" oder "Wirtschaftsasylanten" zu gewalttätigem Rassismus geradezu angestachelt fühlen. Der Anstieg rassistischer Gewalt genau zu jener Zeit, als solche Kampagnen in der Öffentlichkeit betrieben wurden, belegt dies vielfach. So weist etwa der Historiker Ulrich Herbert in seiner Untersuchung zur Geschichte der deutschen Ausländerpolitik darauf hin, dass die "fremdenfeindliche Bewegung der frühen neunziger Jahre (...) keine selbstgesteuerte Bewegung" war: "Sie hatte eines Anstoßes von außen bedurft. Hier

liegt die Bedeutung der Asylkampagne der frühen 90er Jahre, die in einer denkbar zugespitzten Umbruchsituation ein klares Feindbild bot und durch die sich ständig überbietende Tonlage einen Enthemmungsprozeß in Gang setzte, der sich dann rasch dynamisierte."¹

Eine inhaltlich orientierte und zugleich gesellschafts- und staatskritisch ausgerichtete politikwissenschaftliche Analyse extrem rechter Bewegungen und deren Methodik bedarf daher anders gefasster Kategorien:

"Eine Reduktion auf den Verfassungsbogen und die Problematik der streitbaren Demokratie allein kann aus politikwissenschaftlicher Sicht der Sache nicht gerecht werden, denn damit wird der politische Extremismus per definitionem verkürzt auf die Messlatte des Grundgesetzes."²

In dieser Handreichung verwenden wir deshalb den weiter gefassten Begriff der "extremen Rechten". In Anlehnung an Benno Hafenegger und Sven Schönfelder³ umfasst dieser Sammelbegriff das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Braunzone zwischen rechtskonservativen und nationalistischen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen. Er misst sich nach folgenden inhaltlichen Zuordnungskriterien:

- völkischer Nationalismus
- Rassismus und Antisemitismus
- autoritäre Politikvorstellungen
- Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips

- Diskriminierung von Minderheiten
- Ethnisierung/Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen

Inhalte und Ideologie

Ob eine Partei, ein Verein oder eine Gruppe zur extremen Rechten zählt oder nicht, wird nach inhaltlichen Kriterien entschieden. Auch das ist nicht ganz einfach: Man muss neben den politischen Vorstellungen natürlich auch die politische Praxis berücksichtigen. Die extreme Rechte denkt nicht homogen, und sie tritt auch nicht homogen auf. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss unterscheidet deshalb zwischen extrem rechten Einstellungen und extrem rechten Verhaltensweisen.

Auch wenn sich die extreme Rechte nicht im Sinne eines bloßen Kriterienkataloges definieren und abhaken lässt, gibt es doch bestimmte Elemente, die

Rechtsextremismus	
Einstellungen	Verhalten
■ Nationalismus	■ Protest, Provokation
■ Ethnozentrismus	■ Wahlverhalten
■ Sozialdarwinismus	■ Partizipation
■ Antisemitismus	■ Mitgliedschaft
■ Pro-Nazismus	■ Gewalt, Terror
■ Befürwortung Rechts-Diktatur	
■ Sexismus	
Aus: Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2007	

1.) Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München, S. 308

2.) Jaschke, Hans-Gerd (2007): Politischer Extremismus. Bonn (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung), S. 26

3.) Hafenegger, Benno; Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale und lokale Demokratie. Berlin, S. 9

sich in ihrem Denken und Handeln mehr oder weniger stark betont wiederfinden lassen – allerdings eben nicht nur in der organisierten extremen Rechten, sondern auch in anderen Teilen der Bevölkerung.

Völkischer Nationalismus

Was die meisten Gruppierungen der extremen Rechten eint – von den "Autonomen Nationalisten" bis hin zur NPD –, das sind ihre Feindbilder. Ein ideologisches Kernelement extrem rechten Denkens ist die Idee des "völkischen Nationalismus". In diesem Denken wird "Volk" und "Nation" gleichgesetzt. Das "deutsche Volk" definiert sich dabei rassistisch-biologisch, das heißt, es wird von der Vorstellung einer "Blutsverwandtschaft" aller Deutschen ausgegangen, die den "Volkskörper" zusammenhält. Daraus leitet sich eine Überhöhung des "eigenen Volkes" ab, das als eine Einheit, als ein ethnisch-"rassisches" Kollektiv verstanden wird und von einem starken Staat geschützt werden soll. Wer nicht zum "Volk" gehört, wird untergeordnet und ausgeschlossen. Völkisches Denken ist jedoch nicht nur ein Merkmal der extremen Rechten; völkische Konstruktionen von "nationaler Identität" finden sich vielmehr auch in der sogenannten politischen Mitte.

Rassismus

Ähnlich verhält es sich mit dem Rassismus, der sich nicht ausschließlich den ver-

meintlichen "gesellschaftlichen Rändern" zuordnen lässt. Laut einer empirischen Studie aus dem Jahr 2006 befürwortet nahezu jeder dritte Bundesbürger rassistische Ansichten.⁴ Extrem rechte Einstellungen sind in NRW laut Richard Stöss bei zehn Prozent der Bevölkerung zu finden. Eine Untersuchung der Einstellungen von Jugendlichen aus den Jahren 2007 und 2008⁵ ergab folgenden Befund:

- Dem Satz "Die meisten Ausländer sind kriminell" stimmten 39,2 Prozent zu.
- Die Behauptung "Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig" unterschrieben 14,7 Prozent.
- 40,4 Prozent sind ausländerfeindlich, 14,4 Prozent – also jeder siebte – sogar "in hohem Maße".
- Unter Jungen sind rechte Ansichten häufiger zu finden als unter Mädchen, im Osten und Süden häufiger als im Westen und Norden.

Hierbei ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass extrem rechte Einstellungen kein bloßes Jugendphänomen sind, sondern sich in allen Altersgruppen der Gesellschaft finden. Die Verbreitung fremdenfeindlicher und rassistischer Einstellungen muss sich nicht zwangsläufig in Wahlerfolgen extrem rechter Parteien ausdrücken. Sie stellen allerdings ein bedenkliches Potenzial für extrem rechte Agitation dar, das unter bestimmten Voraussetzungen abruf- und

4.) Vgl. Brähler, Elmar; Decker, Oliver: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006. Dies., Geißler, Normann; Weissmann, Marliese; Rothe, Katharina: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008. Rassistische Einstellungen bedeuten allerdings noch kein geschlossen neonazistisches Weltbild und sind ebenso von extrem rechten Verhaltensweisen (beispielsweise der Wahl einer extrem rechten Partei) abzugrenzen.

5.) Dirk Baier, Christian Pfeiffer, Julia Simonson & Susann Rabold: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt : Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN (KFN-Forschungsbericht ; Nr. 107).

mobilisierbar ist. Diese Gefahr droht derzeit durch eine neue, mehrheitsfähige Form des "kulturalisierten Rassismus".

Kulturalisierter Rassismus

Neben den altbekannten und offen rassistischen "Ausländer raus"-Parolen werden seit einiger Zeit Forderungen nach einer "Rettung der christlich-abendländischen Kultur" vor einer "Islamisierung Europas" laut. Diese "kulturalisierte" Form des Rassismus nutzt irrationale Ängste wie auch rational begründbare Sorgen vor islamistischem Fundamentalismus und Terrorismus, um rassistisches und völkisches Gedankengut zu propagieren. Nicht mehr "Rassen", sondern "Kulturen" gelten demnach als unaufhebbar verschieden. Ein solcher Kultur-Rassismus äußert sich in pauschaler Verknüpfung von Religions- und Zuwanderungsfragen und in Demokratiefeindlichkeit, wobei Minderheiten rassistisch diskriminiert und politisch unter Generalverdacht gestellt werden.

Einwanderer sind direkte Opfer dieser Politik. Entsprechend verkündet der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel: "Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – 'Wir Deutsche' oder die 'Fremden', 'Unser Deutschland oder das Ausland' – und untermauern wir den Schlachtruf 'Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung' noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Wahlbetrüger schon bald das Fürchten lehren."

Die extreme Rechte sieht in den vorherrschenden Ressentiments gegenüber Zugewanderten – besonders Zuge-

wanderten muslimischen Glaubens – eine gute Anknüpfungsmöglichkeit für ihre rassistischen Kampagnen. Eine seit dem Jahr 2002 jährlich durchgeführte Befragung zur "gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" bestätigt diese Befürchtung: Über ein Drittel der Befragten fühlen sich demnach aufgrund der Anwesenheit von Muslimen "wie Fremde im eigenen Land."⁶ Besonders in den Auseinandersetzungen um Moscheebauten verquicken sich im Alltag praktische und baurechtliche Fragen mit Vorurteilen und Ressentiments. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Mai 2006 sprachen sich mehr als die Hälfte der Befragten für ein Verbot von Moscheebauten aus, weil in "manchen islamischen Ländern keine Kirchen gebaut werden dürfen". Zudem vertraten 56 Prozent der Befragten die Ansicht, es herrsche "zur Zeit ein Kampf der Kulturen", und 58 Prozent glaubten, es werde "zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung" kommen.⁷

Nicht nur in der BRD, auch in anderen europäischen Ländern haben viele



6.) <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Tabelle1-2004.html>, v. 26.06.2008

7.) Vgl. <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/>

Doc~E2D1CB6E9AA1045B291A1FC21272D467D~ATpl~Ecommon~Scontent.html, v. 06.06.2008

Rechtsaußenparteien ihre Propaganda modernisiert, indem sie an verbreitete Vorurteile gegen zugewanderte Muslime anknüpften. In Dänemark errang die "Dänische Volkspartei" bei den Parlamentswahlen 2007 mit Hetzparolen gegen den Islam als angebliche "Pest über Europa" einen Stimmenanteil von 13,8 Prozent. Die österreichischen "Freiheitlichen" (FPÖ) betrieben im Jahr 2006 ihren Wahlkampf mit Parolen wie "Daham statt Islam", und auch Parteien wie die niederländische "Partei für die Freiheit" (PVV), die "Schweizerische Volkspartei" (SVP), der belgische "Vlaams Belang" (VB) und der französische "Front National" (FN) bedienen sich gerne antiislamischer Ressentiments als Wahlkampf-Thema.

In Deutschland ringen extrem rechte Organisationen untereinander um die Vorherrschaft über das Kampagnenthema Moscheebau. In zahlreichen Städten rief die NPD zu Demonstrationen gegen Moscheebau und "Islamisierung" auf. In einem Positionspapier der REP heißt es: "Moscheen mit Minarett sind deutliche Zeichen von kultureller Landnahme einer dem deutschen Kulturraum wesensfremden Religion." Unter dem Namen "Bürgerbewegung pro Köln/NRW" tritt in Nordrhein-Westfalen sogar eine neue Partei zu den Landtagswahlen an, die Anti-Moscheebau-Kampagnen in den Mittelpunkt ihrer Propaganda gerückt hat.

Rechtspopulismus

Gerade im Zusammenhang mit extremen Rechten, die mit anti-islamischen Parolen mobil machen, lohnt es sich, einen Blick auf den Rechtspopulismus zu werfen. Dabei handelt es sich im Gegensatz zum völkischen Nationalismus und den verschiedenen Formen von Rassismus we-

niger um ein ideologisches Element als vielmehr um eine Methode, Politik zu machen. In den letzten Jahren bediente sich die extreme Rechte in Deutschland wie auch in Europa zunehmend des Populismus. Rechtspopulismus verpackt extrem rechte Positionen in volkstümliche und rebellische Propaganda, die vor allem versucht, auf der emotionalen Ebene und mit einem scheinbar konformerem Auftreten zu punkten.

Rechtspopulistische Strömungen ordnen sich – im Unterschied zu offen nationalsozialistisch oder auch nationalrevolutionär auftretenden Parteien der extremen Rechten wie der NPD – dem rechtskonservativen Spektrum zu und inszenieren sich mit propagandistischem Bezug auf Ängste und Vorurteile der Bevölkerung als "Anwälte des Volkes".

In der wissenschaftlichen Diskussion wurde der Begriff Rechtspopulismus zunächst oft zur Kennzeichnung derjenigen Parteien und Bewegungen verwendet, die trotz der Verwendung extrem rechter Propagandaelemente kein geschlossen extrem rechtes Weltbild aufwiesen und zudem ihre autoritären Forderungen nach einem "starken Staat" mit neoliberalen Politikansätzen verbanden. In der Tat zeigt sich hier eine Tradition spezifisch rechter Agitation gegen den "schmarotzenden Abzockerstaat", der im skandinavischen Raum schon in den 1960er Jahren zu Wahlerfolgen extrem rechter Parteien führte. Diese werden in der europäischen Populismusforschung als "Vorreiter des europäischen Populismus" bezeichnet.⁸ Bis in die 1980er Jahre hinein war der proklamierte Aufstand der Kleinbürger gegen Steuer, Bürokratie und "Wohlfahrtsstaat" noch schwerpunktmäßig geprägt von wirtschaftsliberaler Kritik am Sozialstaat. Im Zuge des politischen Wan-

8.) Scharsach, Hans-Henning(2002): Rückkehr nach rechts: Europas Populisten. Wien, S. 152

dels von keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen hin zu neoliberalen Politikansätzen traten im Rechtspopulismus mehr und mehr nationalistische und rassistische Tendenzen in Verbindung mit Forderungen nach einer national orientierten Beschäftigungspolitik in das Zentrum der Agitation. Als Beispiel für einen solchen Wandel kann die Abspaltung der dänischen "Fortschrittspartei", die "Dänische Volkspartei" unter Pia Kjörsgaard, angesehen werden. Die Mischung aus populistischem "Sicherheitsdiskurs" gegen "Kriminelle", "Fremde" und "Schmarotzer" und medial inszenierten Aufständen des Kleinbürgers gegen Steuer, Bürokratie, EU und Zuwanderung machte Schule bei rechtspopulistischen Strömungen in Europa.

In der jüngeren Populismusforschung existieren – ähnlich der Rechtsextremismusforschung – recht unterschiedliche Deutungen des Phänomens. So führt Oliver Geden vier "konstitutive Elemente" zur Identifikation des Rechtspopulismus auf:

- der anti-elitäre Rekurs auf "das Volk" als politische Kategorie;
- die legitimierende Bezugnahme auf den "gesunden Menschenverstand";
- spezifische Prinzipien der politischen Kommunikation;
- eine bestimmte Form organisatorischer Strukturen.⁹

Die Soziologin Karin Priester verweist darauf, dass der Populismus "ein konservatives Phänomen ist, das jedoch meist in Verschmelzung mit anderen politischen Richtungen auftritt".¹⁰ Hiernach beruht der zeitgenössische Populismus auf der "Gleichsetzung von 'Volk' mit dem selbständigen Mittelstand oder den 'kleinen Leuten'".¹¹ Mit dieser Verknüpfung – losgelöst von der Frage, welche Partei sich dieser Verknüpfung bedient – weist der Populismus eine inhaltliche Verortung in der rechten Denktradition auf.

In der aktuellen Diskussion um Rechtspopulismus wird oft ausgeklammert, dass dessen zentrale propagandistische Bausteine – Nationalismus, Rassismus, Sozialneid und Autoritarismus, gepaart mit einer sich volkstümlich inszenierenden Protestbewegung gegen das "Etablissement" – zugleich Eingang gefunden haben in den Diskurs der sogenannten politischen Mitte¹².

Unter einem solchen Blickwinkel verstehen Dagmar Schaefer, Jürgen Mansel und Wilhelm Heitmeyer Rechtspopulismus als "Modernisierungsstrategie (...), in deren Zentrum es steht, Stimmungen gegenüber Schwächeren zu erzeugen, um über erzielte Wahlerfolge dann mittels demokratisch erworbener Macht die Gesellschaft autoritär umzubauen"¹³. Das Team des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltfor-

9.) Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien. SWP-Studie. Berlin, S. 9.

10.) Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt am Main, S. 14
11.) Ebd. S. 216.

12.) Vgl. Butterwegge, Christoph; Häusler, Alexander (2002): Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randphänomene oder Phänomene der Mitte? In: Butterwegge, Christoph u.a. (Hg.) (2002): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen.

13.) Schaefer, Dagmar; Mansel, Jürgen; Heitmeyer, Wilhelm (2002): Rechtspopulistisches Potential. Die "saubere Mitte" als Problem In: Heitmeyer, Wilhelm (2002) (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main. S. 124.

schung hat bei den Untersuchungen zur "gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" ein "erhebliches rechtspopulistisches Potential in Deutschland" ausgemacht, "das sich selbst in der politischen Mitte einordnet"¹⁴.

Die extreme Rechte und der Parlamentarismus

Die extreme Rechte kann nicht allein in ihrer parteiförmigen Ausprägung betrachtet werden. Ihn nur an Wahlerfolgen oder Mitgliedschaften in extrem rechten Parteien zu bemessen, greift zu kurz. Während das parlamentarische Wirken nur in seltenen skandalösen Fällen oder in Wahlkampfzeiten von der Öffentlichkeit beachtet wird, hat sich außerparlamentarisch in einigen Regionen längst eine von extrem rechten Einstellungen geprägte Alltagskultur entwickelt. Besonders offen sichtbar sind die bundesweit regelmäßig stattfindenden Aufmärsche von Neonazis, denen mal mit mehr, mal mit weniger öffentlicher Aufmerksamkeit und mit stärkeren oder schwächeren Gegenaktivitäten begegnet wird. Den Großteil der Teilnehmer solcher Aufmärsche, die wie beispielsweise in Dresden Höchstzahlen von bis zu 8.000 Teilnehmern erreichen können, stellt die militante Neonazi-Szene. Sie ist in sogenannten Kameradschaften organisiert und versteht sich selbst als "Nationaler Widerstand" oder als "Autonome Nationalisten". Organisatorisch wie inhaltlich eng verknüpft mit der offenen neonazistischen Kameradschafts-Szene ist die stärkste Partei der extremen Rechten in Deutschland, die NPD. Über den sogenannten Deutschland-Pakt hatte die NPD zugleich ein Zweckbündnis mit der Konkurrenzpartei DVU geknüpft, die

ein ebensolches Zweckbündnis zur Vermeidung von konkurrierenden Wahlantritten vorher mit den REPs eingegangen war. Die Parteienlandschaft der extremen Rechten steht trotz temporärer Wahlabsprachen und trotz aller Zweckbündnisse in Konkurrenz zueinander. Rechtspopulistisch orientierte Wählergruppierungen wie etwa der "Bund freier Bürger" oder die "Schill-Partei" haben sich hierzulande bislang noch nicht langfristig etablieren können.

Nichtsdestotrotz sitzen derzeit immerhin über 200 Abgeordnete extrem rechter Parteien in deutschen Kreistagen, drei Viertel davon in Westdeutschland. In zwei Bundesländern haben es extrem rechte Parteien in die Landtage geschafft: in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Auf europäischer Ebene stellen extrem rechte Parteien mit 10 bis 20% der Wählerstimmen eine feste politische Größe dar. Dennoch gelingt es beispielsweise der NPD selten, von ihren wahlpolitischen Erfolgen zu profitieren. In Sachsen erzielte sie 2004 mit 9,2% der Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis bei einer Landtagswahl und zog mit 12 Abgeordneten in den Landtag ein. 2005 gelang es ihr, die Agenda in ihrem Sinne zu beeinflussen und mediale Aufmerksamkeit zu erzielen: Bei einer Schweigeminute für die Opfer des Nationalsozialismus verließ die NPD-Fraktion demonstrativ den Saal, zudem bezeichnete der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel die Luftangriffe auf Dresden als "Bombenholocaust". Bei der Wahl 2009 gelang der NPD zwar der Wiedereinzug in das Parlament, allerdings nur mit einem knappen Ergebnis von 5,6% der Stimmen. Dies dürfte auch daran liegen, dass sich die Partei in

14.) Ebd.: 132f.

Sachsen personell wie organisatorisch überfordert zeigte. Bereits 2005 verließen drei Abgeordnete nach persönlichen Streitereien die Fraktion, 2006 schieden zwei weitere Fraktionsmitglieder aus – wegen finanziellen Unregelmäßigkeiten in einem Fall, im anderen wegen des Verdachts auf den Besitz von Kinderpornografie.

Die Parteienfinanzierung stellt für die NPD derzeit keinen Vorteil, sondern ein riesiges Problem dar. Aufgrund diverser Unregelmäßigkeiten in ihrem Rechenschaftsbericht forderte die Bundestagsverwaltung 1,7 Millionen Euro. Doch auch wenn sich die extreme Rechte in ihrer parlamentarischen Arbeit als nicht so recht politikfähig erweist, darf der Einfluss einzelner Abgeordneter nicht verharmlost werden. Immerhin verfügen sie über ein gewisses parlamentarisches Instrumentarium und können kommunale Entscheidungen stellenweise beeinflussen oder blockieren; zudem sind die extremen Rechten bei Abstimmungen nicht selten das Zünglein an der Waage,

auf das sich auch konservative und rechte Parteien gern verlassen. Bedenklich ist außerdem der Gewöhnungs- und Normalisierungseffekt, der sich einstellt, wenn Abgeordnete der NPD ein fester Bestandteil kommunaler oder landesweiter Parlamentsstrukturen werden.

Um diesen Effekt weiß auch die NPD. Vor zehn Jahren verkündete der NPD-Vorsitzende Udo Voigt in einer Festschrift zum 35-jährigen Partei-jubiläum die besondere Bedeutung kommunalen Engagements sowie der Orientierung auf Bürgernähe. Nachdem die NPD auf ihrem Bundesparteitag 1998 das sogenannte "Drei-Säulen-Konzept" verabschiedet hatte, wurde diese Orientierung breiter bekannt: "Kampf um die Straße", "Kampf um die Köpfe" und "Kampf um die Wähler" lautete die Devise, später erweitert durch den "Kampf um den organisierten Willen". Seither ist partei- wie organisationsübergreifend ein verstärkter Trend zur kommunalen Einflussnahme auf verschiedenen Ebenen festzustellen.



Foto: Mühlhaus/attenzione photographers

Neben dem Bestreben nach parteipolitischem Einfluss ist eine Orientierung auf die zivilgesellschaftliche Alltagssphäre festzustellen. Dabei bemüht sich die NPD um ein "zivileres" Auftreten. Statt militanter Straßenkämpfer-Optik ist gesittete Bürgernähe gefragt. Szenige Kleidung, Alkoholkonsum und offene Begeisterung für den Nationalsozialismus wird von der NPD-Führung nicht gern gesehen, stattdessen sollen die NPD-Mitglieder wie anständige Bürger auftreten und sich beispielsweise in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Schützenverein engagieren. Eine Strategie der extremen Rechten besteht beispielsweise in der Gründung kommunaler "Bürgerinitiativen". "Schöner wohnen in Ueckermünde" heißt etwa eine Initiative in einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern, die aus der neonazistischen Szene heraus entstanden ist. Mit Flugblatt-Überschriften wie "Heute sind Sie tolerant und morgen fremd im eigenen Land" machen dort die Neonazis als Bürgerinitiative Front gegen den Umzug einer Unterkunft für Asylbewerber in das Stadtzentrum.

Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts

Wie ist also umzugehen mit der extremen Rechten, die sich so vielseitig inszeniert, die mal als Wahlpartei, mal als jugendliche Protestkultur, mal in Form bekennender Neonazis und dann wieder als aalglatte Populisten gestylt erscheint? Und was tun, wenn die extreme Rechte keine randständige Erscheinung ist und sich deshalb nicht einfach isolieren, verbieten, verharmlosen oder gar ignorieren lässt? Aus der Erkenntnis, dass die extreme Rechte ein Geflecht ist, das sowohl aus Organisationsstrukturen und Protagonisten als auch aus ideologischen Versatzstücken und politischen Haltungen besteht, ergibt sich als Konsequenz: Der extremen Rechten muss man auf verschiedenen Ebenen begegnen; so differenziert ihre Ausprägungen und Erscheinungsformen sind, so vielseitig müssen auch die Ansätze sein, ihnen auf allen Ebenen zu begegnen. Auf Seite 47 dieser Handreichung werden deshalb Handlungsmöglichkeiten zur Intervention gegen die extreme Rechte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vorgestellt.

Die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Nach Jahren des Niedergangs entwickelte sich die 1964 als Sammelbecken verschiedener extrem rechter Gruppen gegründete "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) ab Ende der 1990er Jahre zur erfolgreichsten Formation rechtsaußen. Ihrer 1996 gewählten neuen Führungsspitze unter Udo Voigt gelang es, einerseits die NPD weiter für neonationalsozialistische Gruppen außerhalb der Partei zu öffnen, andererseits sich durch das Anknüpfen an extrem rechte Jugendkulturen, etwa im Bereich des Rechtsrock, deutlich zu verjüngen.

Mittlerweile ist die NPD (wieder) die mitgliederstärkste Formation der extremen Rechten. Zwar erreicht sie bei weitem nicht das Niveau der späten 1960er Jahre, als sie bis zu 28.000 Mitglieder zählte. Doch die aktuell nach Angaben des Verfassungsschutzes 6.800 Mitglieder reichen aus, um "Republikaner" und DVU abzuhängen. Die NPD selbst gab in ihrem aktuellsten Rechenschaftsbericht die Mitgliederzahl für Ende 2008 mit 6.782 an. Dem Wachstum waren in den letzten Jahren freilich Grenzen gesetzt: Nachdem

die Mitgliederzahl bis vor etwa drei Jahren stetig stieg, stagniert sie inzwischen – auch wegen parteiinterner Auseinandersetzungen in einigen Landesverbänden. Im vorigen Jahr sank sie leicht um 200.



Auch auf parlamentarischer Ebene hat die NPD ihre extrem rechte Konkurrenz längst abgehängt. Im sächsischen Landtag ist sie mit acht Mandaten vertreten, nachdem sie im vorigen Spätsommer es erstmals in der Geschichte der Partei schaffte, den Wiedereinzug in ein Landesparlament zu sichern. Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist sie ebenfalls mit acht Abgeordneten vertreten. Auf kommunaler Ebene wird

die Zahl der Mandate auf mehr als 300 geschätzt. Mit der Parlamentszugehörigkeit ist eine deutliche Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Partei verbunden. Die Landtagsfraktionen verfügen beispielsweise über Mitarbeiterstäbe, die faktisch nicht nur den Parlamentariern zuarbeiten, sondern auch den Rücken frei haben für parteipolitische Arbeit.

Zuschüsse vom Staat

Auch durch die Zuschüsse für die Fraktionsarbeit ergeben sich neue Möglichkeiten. Allein für die Fraktionsarbeit im engeren Sinn (Diäten etc. nicht eingerechnet) stehen etwa der NPD im Schweriner Landtag jährlich 600.000 Euro zu. Der sächsische Landtag muss sich seine NPD-Fraktion alles in allem – also inklusive Diäten, Fahrt- und Bürokosten, Mitarbeitergehälter und Fraktionszuschüsse – jährlich 2,4 Millionen Euro kosten lassen. Auch auf kommunaler Ebene bieten Mandate in Kreistagen oder Stadträten nicht nur die Chance, die lokale Verankerung weiter auszubauen – sie sind auch ein lohnendes Geschäft. So standen der Zwei-Mann-Gruppe der NPD im Mönchengladbacher Stadtrat, abgesehen von den Aufwandsentschädigungen, in der vorigen Wahlperiode städtische Mittel von knapp 40.000 Euro zu.

Unabhängig von der Förderung ihrer Parlamentsarbeit durch öffentliche Mittel kassiert die NPD auch aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die sich vor allem an der eigenen Finanzkraft der Parteien und an den zurückliegenden Wahlergebnissen orientiert. In den letzten Jahren kassierte die NPD daraus jeweils rund 1,2 Millionen Euro, was etwa 40 Prozent ihrer Gesamteinnahmen ausmachte. Doch trotz dieser vergleichsweise auskömmlichen Einnahmenseite geriet die NPD in den letzten Jahren wegen ihres Umgangs mit finanziellen Fragen wiederholt in die Schlagzeilen: Mal, weil sie durch die trickreiche Berechnung ihrer eigenen Spendeneinnahmen auch die öffentlichen Zuschüsse unerlaubterweise erhöhte; mal, weil ihr langjähriger Schatzmeister Erwin Kemna aus dem münsterländischen Ladbergen, angeblich von den anderen Vorstandsmitgliedern unbemerkt, die Parteikasse um mehr als 600.000 Euro erleichterte, um sein marodes Küchenstudio finanziell über Wasser zu halten.

Strafzahlungen waren die Folge, die die Partei unter anderem durch einen vorübergehenden drastischen Abbau ihres bezahlten Personals in der Berliner Parteizentrale kompensierte.

Jung und aktivistisch

Die NPD sieht sich als "junge" Partei. In verschiedenen Veröffentlichungen wurde das Durchschnittsalter ihrer Mitglieder auf 37 Jahre geschätzt. Damit dürfte sie bis zur Bildung der "Piraten"-Partei die jüngste Partei der Bundesrepublik gewesen sein. Das spiegelt sich auch bei Wahlkandidaturen wider. Eine vom Bundeswahlleiter vor der Bundestagswahl 2009 veröffentlichte Statistik wies aus, dass die NPD (nach den "Piraten") die im Durchschnitt zweitjüngsten Kandidaten aufgestellt hatte. Die 339 NPD-Kandidaten waren im Bundesdurchschnitt 44,3 Jahre alt und damit etwa drei Jahre jünger als die SPD-Kandidaten. Im Vergleich zu den Konkurrenten im Bereich der extremen Rechten wurden die Unterschiede noch deutlicher: Die "Republikaner"-Kandidaten waren durchschnittlich acht Jahre und die DVU-Bewerber fünf Jahre älter als die NPDler.

Doch die Parteibasis ist nicht nur jünger als die der rechten Konkurrenz – sie ist auch wesentlich aktivistischer und sie lässt durch ihre deutlich höheren Mitgliedsbeiträge mehr Geld in die Parteikasse fließen.

Parteiströmungen

Als Sammelbecken verschiedener Rechtsaußen-Formationen gegründet, bietet die NPD auch heute kein einheitliches Bild. Zurückgedrängt wurden im Lauf der Parteigeschichte jene sich als nationalkonservativ oder deutschnational verstehenden Kräfte, die in der Entstehungsphase der NPD eine große Rolle spielten. Aktuell bestimmen drei

Gruppen das Bild. Einem offen neonazistischen Flügel – personifiziert etwa durch die Bundesvorstandsmitglieder Thomas Wulff und Thorsten Heise oder durch den im vorigen Herbst verstorbenen stellvertretenden Parteivorsitzenden Jürgen Rieger – steht ein Flügel gegenüber, der sich um ein gemäßigteres Erscheinungsbild bemüht. Dessen wichtigster Vertreter ist der sächsische Fraktionsvorsitzende Holger Apfel. Dieser Flügel bemüht sich um Distanz zu "Autonomen Nationalisten" und will die NPD als Partei positionieren, die sich vorwiegend um aktuelle Probleme und Sorgen der Bürger bemüht und sich weniger an Fragen der Geschichte abarbeitet – was in der Konsequenz auch eine Absage an den neonationalsozialistischen Flügel bedeutet.

Keinem dieser beiden Flügel zugehörig ist Parteichef Udo Voigt. Er setzte sich meist für eine Integration aller Gruppen ein. Beim Parteitag im vorigen Jahr musste er aber eindeutig auf den NS-Flügel setzen, um seine Wiederwahl zu sichern. In der Folge radikalisierte sich zunächst der Kurs der Partei, auch schriftlich fixiert in einer Vorstandserklärung zum "Deutschen Weg" der NPD, den der Voigt-Vorstand dem von Apfel propagierten, gemäßigter erscheinenden "Sächsischen Weg" entgegenstellte. Unter dem Eindruck der Wahlniederlagen von 2009 – und nach dem Tod Riegers, der einer Aufweichung des radikalen Kurses sicherlich Widerstand entgegen gesetzt hätte – steuerte Voigt seit dem Herbst letzten Jahres wieder einen versöhnlicheren Kurs gegenüber der Minderheit um Apfel. Im Januar schließlich traf sich erstmals eine von Voigt einberufene "Strategiekommision" der Partei, der auch Apfel angehört; Apfel hatte sich 2009 nicht wieder in den Vorstand wählen lassen.

Die Kommission empfahl unter anderem, dass die NPD im Untertitel künftig nicht mehr als "Die Nationalen", sondern als "Die soziale Heimatpartei" firmieren soll. Damit präferiert die Kommission die Nutzung eines Labels, das von der rechtspopulistischen österreichischen FPÖ entwickelt und dort popularisiert worden ist. Auch Apfels sächsische NPD hatte sich des Öfteren als "Soziale Heimatpartei" bezeichnet. Sollte der Wechsel des Labels auch auf eine Änderung der Parteistrategie abzielen – und darauf arbeitet der Flügel rund um Apfel hin –, dürften neue Konflikte mit dem NS-Flügel und mit "parteilosen" Neonazis die Folge sein.

Neue Außendarstellung

Die NPD in NRW übernahm dieses neue Label – noch bevor ein Bundesparteitag der NPD über die Vorschläge der Strategiekommision beschlossen hätte – bereits für ihren Landtagswahlkampf. Und das, obwohl Landesparteichef Claus Cremer sich noch Anfang letzten Jahres auf dem radikalen Flügel der Partei positioniert hatte. "Nicht konservativ, sondern revolutionär, nicht angepasst, sondern radikal" müsse die Parole lauten, hatte er damals gesagt.

Mit der Neudefinition der NPD als "soziale Heimatpartei" einher ging ein Wandel in der Außendarstellung: Die NPD setzt – zumal nach der Schweizer Volksabstimmung – wie die innerrechte Konkurrenz von "pro NRW" oder die erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Österreich und Belgien auf antiislamische Töne. Und auch diesen Schritt der Bundes-NPD vollzog ihr nordrhein-westfälischer Landesverband umgehend nach. Gleich fünf von sieben aktuellen Plakaten zur Landtagswahl beschäftigen sich mit dem Thema.

Damit hofft die NPD auch, der Isolation und der gesellschaftlichen Stigmatisierung zu entkommen, in der sich ihr nordrhein-westfälischer Landesverband befindet, der sich lange Zeit einerseits durch eine auch im Vergleich zu anderen Parteigliederungen besonders ausgeprägte Nähe zu militanten Neonazis auszeichnete und der andererseits ebenso lange Zeit die lokale Verankerung durch kommunalpolitische Arbeit vernachlässigt hatte.

NRW: Kein gutes Pflaster für die NPD

Dabei ist Nordrhein-Westfalen ohnehin kein gutes Pflaster für die Partei. Seit ihrer Gründung Mitte der 1960er Jahre verzeichnet sie hier Wahlergebnisse, die unter dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegen. Ihr bestes Landtagswahlergebnis erzielte sie 1970 mit 1,1 Prozent. Erst 35 Jahre später sollte mit 0,9 Prozent ein ähnlich gutes Ergebnis erreicht werden. Ähnliches gilt für Bundestagswahlen: NRW zählt meist zu den Bundesländern mit dem schwächsten Ergebnis. Das hat Tradition: Als 1969 schon ein Einzug der NPD in den Bundestag befürchtet worden war, der mit 4,3 Prozent dann aber misslang, war die Partei im größten Bundesland auf gerade einmal 3,1 Prozent gekommen.

Auch die Kommunalwahl des vorigen Jahres war für die NPD unbefriedigend. Der Aufbau des Landesverbandes werde "auf eine neue Stufe gehoben", hatte Parteichef Udo Voigt erklärt, wenn es der NPD gelinge, "eine dreistellige Zahl von Mandatsträgern zu erringen". Doch von solchen Zahlen blieb die NPD am 30. August weit entfernt. Hatte sie in der zu Ende gehenden Wahlperiode zwölf Vertreter in Stadträte und Kreistage schicken können, so waren es diesmal zwar exakt doppelt so viele, aber das Wahlziel wur-

de bei weitem verfehlt. Zugleich musste die NPD registrieren, dass sie mit einer Ausnahme in allen Städten und Kreisen, in denen sie 2004 bereits den Parlamentseinzug geschafft hatte, diesmal Verluste hinzunehmen hatte. Das hatte die für sie unangenehme Folge, dass sie nirgendwo in den Genuss einer Gruppen- oder Fraktionsfinanzierung gelangte.

Auch was ihre Mitgliederzahl angeht, bleibt die NPD in NRW – umgerechnet auf die Einwohnerzahl – deutlich hinter den starken Landesverbänden etwa in Sachsen, Bayern oder dem Saarland zurück. Laut Verfassungsschutz zählte die NPD im vorigen Jahr in NRW 800 Mitglieder (plus 20). Rein rechnerisch verfügt sie damit in jedem der 128 Landtagswahlkreise über gerade einmal sechs Mitglieder, Karteileichen und Nur-Beitrags-Zahler inklusive. Allerdings gilt auch in NRW: Die Mitglieder sind deutlich aktiver als die der rechten Konkurrenz, und sie sind auch hier im Durchschnitt jünger als die Mitglieder anderer Rechtsaußen-Parteien.

Angesichts der knappen Personaldecke kommt der NPD die Änderung des Wahlrechts bei der Landtagswahl am 9. Mai entgegen. Diesmal haben die Wähler wie bei Bundestagswahlen Erst- und Zweitstimme. Bisher konnten die Wähler, wenn es ums Düsseldorfer Parlament ging, nur ein Kreuzchen machen. Das hat der NPD die höchstens mit allergrößter Mühe zu schaffende Aufgabe erspart, in allen 128 Wahlkreisen Kandidaten zu benennen und für sie jeweils Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Vor fünf Jahren war ihr das nur in 109 Wahlkreisen gelungen. Um Erststimmen werben wird sie diesmal nur in 27 Wahlkreisen, überwiegend in ihren "Hochburgen". Ihre Landesliste steht flächendeckend auf den Stimmzetteln.

Volksverhetzung, Körperverletzung...

Angeführt wird die Liste vom Landesvorsitzenden Claus Cremer (Jahrgang 1979) aus Bochum, wo er auch dem Stadtrat angehört, sowie von seinem Stellvertreter Stephan Haase (1968), Ratsmitglied aus Lüdenscheid. Beide sind wegen Volksverhetzung verbestraft. Auf dem dritten Platz folgt der von der DVU zur NPD gewechselte Dortmunder Stadtrat Axel Thieme (1949). Ingo Haller (1973), Kreistagsmitglied in Düren und stellvertretender Landesorganisationsleiter der Partei, ist auf Platz 4 zu finden. Sein Dürener Kreisverband ist selbst für NPD-Verhältnisse besonders eng mit der parteifreien Neonaziszene liiert. Etwas überraschend war die Nominierung des Mediziners Dr. Günther Hartwig (1946) auf Platz 5. Als Wohnort gibt er Bielefeld an – aktiv ist er aber unter dem Label des Kreisverbands Unna/Hamm. Aufgefallen ist er bisher vorwiegend durch die zahlreichen Kommentare, die er auf extrem

rechten Internetplattformen hinterließ. Auf Platz 6 zu finden ist Helmut Gudat (1957), Kreistagsmitglied in Heinsberg und Beisitzer im NPD-Landesvorstand. Siebter auf der Liste ist Timo Pradel (1971), Landesorganisationsleiter, Kreistagsabgeordneter im Märkischen Kreis und Stadtrat in Iserlohn. Auf den Plätzen 8 bis 10 folgen Willibert Kunkel (1950), Kreisvorsitzender in Aachen und Stadtrat in Stolberg, Manfred Aengenvoort (1944) aus Oberhausen, der auf Bundes- und Landesebene Schiedsgerichten der Partei vorsah, sowie Gunter Kretzschmann (1951), der in Viersen dem Stadtrat und dem Kreistag angehört. Elfter auf der NPD-Liste ist Thorsten Crämer (1975), Kreistagsmitglied im Ennepe-Ruhr-Kreis, verbestraft wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch. Einzige Frau auf der 18 Namen umfassenden Liste ist Marion Reinert (1976) auf Platz 16. Anders als bei zurückliegenden Wahlen finden sich keine "parteilosen" Neonazis auf der NPD-Liste.

Die NPD in Düsseldorf

Ihre Hochphase hatte die Düsseldorfer NPD Ende der sechziger Jahre, eine Zeit, in der die Partei in mehreren Länderparlamenten vertreten war und sich berechnete Hoffnungen machte, bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 ins Bonner Parlament einzuziehen, was mit 4,3 Prozent knapp scheiterte. In Düsseldorf wählten damals 3,6 Prozent die NPD. Der aufgrund der Wahlniederlage einsetzende Niedergang der Partei machte auch vor Düsseldorf nicht halt, bei den Kommunalwahlen am 9. November 1969 kam die NPD nur noch auf 1,6 Prozent. Der Trend nach unten setzte sich in den nächsten drei Jahrzehnten fort.

Bei der Landtagswahl 2005 erzielte die NPD in zwei der vier Düsseldorfer Landtagswahlbezirke 0,6 Prozent, im dritten 0,8 Prozent und im vierten 0,9 Prozent. Landesweit kam die Partei auf 0,9 Prozent. Kein einziger der vier Direktkandidaten kam aus Düsseldorf. Ohne die Hilfe aus den Spektrum der neonazistischen „Freien Kameradschaften“ wäre ein Wahlantritt aufgrund der benötigten Unterstützungsunterschriften

zudem nicht möglich gewesen. Auch der einzige Informationsstand der NPD in dieser Zeit, durchgeführt im Frühjahr 2005 im Stadtteil Eller, wurde hauptsächlich von nicht in der Partei organisierten Neonazis durchgeführt.

Seit Beginn der neunziger Jahre war über nahezu fünfzehn Jahren nichts an lokalen Aktivitäten der NPD zu vernehmen. Zwar gab es zumindest anfangs noch eine formelle Struktur und Stammtische, jüngere Neonazis zogen es jedoch vor, sich anderweitig zu organisieren, insbesondere in der seit Mitte der neunziger Jahre entstehenden Struktur der „Freien Kameradschaften“, die lokal in Form der „Kameradschaft Düsseldorf“ über einige Jahre rege Aktivitäten entfaltete. Einige ehemalige NPDler zog es zudem Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre zur deutlich erfolgreicheren Partei „Die Republikaner“, so auch in Düsseldorf.

Nach einigen strukturellen Änderungen, was den Zuständigkeitsbereich des Kreisverbandes anbelangt, existiert heute ein NPD-Kreisverband Düsseldorf/Mettmann, der also neben Düsseldorf für den gesamten Kreis Mettmann mit seinen zehn kreisangehörigen Städten zuständig ist. Der Großteil der Akteure und Vorstandsmitglieder kommt nicht aus Düsseldorf. Aktuelle Vorsitzende ist Nadine Braun aus Mettmann.

Der Düsseldorfer NPD-Ortsverband soll sich - Eigenangaben der NPD zufolge - am 1. März 2007 wiedergegründet haben. "Hauptziele" seien "vorerst", so der namentlich in seinem Bericht nicht genannte "Ortsvorsitzende" Manfred Breidbach



(Jahrgang 1968), "die Bündelung der vorhandenen Kräfte sowie deren Stärkung". Hierbei könne man "auf eine langjährige gute Zusammenarbeit zwischen NPD, DVU und freien Kräften in unserer Stadt" aufbauen. Der Ortsverband diene "als direkter Anlaufpunkt für den interessierten Bürger. Die hierdurch gewonnenen Menschen sind in zwei große Gruppen zu unterteilen, Anhänger und Aktivisten. Anhänger der Bewegung ist, wer sich mit ihren Zielen einverstanden erklärt, Aktivist ist, wer für sie kämpft". Von "Anhängern" hält der "Ortsvorsitzende" offenbar wenig: "Die Erkenntnis in ihrer passiven Form entspricht der Majorität der Menschheit, die träge und feige ist."

Für Breidbach, der auch als stellvertretender Kreisvorsitzender fungiert, ist das Programm. Seit vielen Jahren lässt er kaum einen Neonaziaufmarsch aus, nicht selten in Begleitung von Sven Skoda, der in der neonazistischen Hierarchie ranghöchste Vertreter aus dem Spektrum der "Freien Kameradschaften" in Düsseldorf und ehemalige "Kameradschaftsführer" der zwischenzeitlich aufgelösten "Kameradschaft Düsseldorf". Breidbach war stets um eine enge Zusammenarbeit mit den "Freien Kameradschaften" und der DVU bemüht. Bilder vom Aufmarsch am 1. Mai 2004 in Berlin zeigen ihn Schulter an Schulter mit Düsseldorfer Aktivisten aus dem Spektrum der "Freien Kameradschaften" und dem damaligen DVU-Kreisvorsitzenden Holger von der Heydt gemeinsam an einem Transparent. Diese Kooperation drückt sich auch in der Beteiligung an dem alljährlichen, nicht öffentlichen "Heldengedenken" am Volkstrauertag aus, bei dem u.a. auf dem Waldfriedhof in Gerresheim kleine Gedenkveranstaltungen in Kundgebungsform zur Erinnerung an die "unzähligen Männer und Frauen, die im Kampf um Deutschlands Freiheit ihr Leben verloren haben", durchgeführt werden.



Aufgewachsen ist Breidbach im Düsseldorfer Stadtteil Rath, wo er auch heute noch gemeldet ist. Und so war es dann auch nicht erstaunlich, dass – nach einer persönlichen Besichtigung der Räumlichkeiten durch den Ortsvorsitzenden – sich nicht nur "Die Republikaner" und "pro NRW" des Themas "Moscheebau in Rath" annahmen, sondern auch die NPD. Im Spätsommer 2008 wurden in Rath mehrfarbige NPD-Flugblätter verteilt mit der Botschaft "Rath statt AnkaRath". Die auf der Vorderseite des Flugblattes abgedruckten Motive bedienen so ziemlich jedes bekannte rassistische Klischee.

Auch in anderen Stadtteilen, wie beispielsweise in Eller, Gerresheim, Benrath und Garath versuchte die NPD nach vielen Jahren Abstinenz, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Mit einem Infostand versuchte man sich zuerst in Garath. Meistens begnügte man sich aber damit, flexibel und mobil zu bleiben, also nur kurze Zeit Flugblätter zu verteilen und dann den Standort zu wechseln, offenbar in Sorge, dass sich Protest formieren könnte.

Mitte Juli 2009 meldete Andreas Büchner, Vorstandsmitglied des NPD-Kreisverbands Düsseldorf/Mettmann und Hauptaktivist des Düsseldorfer Ortsverbandes, Vollzug in Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen am 30. August 2009: "Der Ortsvorstand Düsseldorf möchte sich bei allen bedanken, die beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften geholfen und somit den Wahlantritt ermöglicht haben."

Letztendlich trat die NPD zur Wahl des Stadtrates in nur 23 von 41 Wahlbezirken an. Mit 0,3 Prozent der Stimmen blieb sie weit von ihrem Ziel eines Einzuges in den Stadtrat entfernt. Ebenso blieb die NPD bei der Wahl der vier von zehn Bezirksvertretungen, zu denen sie angetreten war, chancenlos.

Auch bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 blieb das NPD-Ergebnis in Düsseldorf mehr als mager. Im Wahlkreis 108 (Düsseldorf II) kam die Partei auf 0,7 Prozent, im Wahlkreis 107 (Düsseldorf I) war das Ergebnis von 0,5 Prozent eines der schlechtesten in NRW. Bei den Erststimmen sah es für die NPD etwas besser aus. Andreas Büchner konnte im WK 108 1,2 Prozent, Manfred Breidbach

im WK 107 0,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Auf der NRW-Landesliste der NPD war Breidbach erstaunlicherweise relativ weit oben zu finden: an vierter Stelle.

Im laufenden Landtagswahlkampf hat sich der NPD-Kreisverband Düsseldorf/Mettmann nicht mehr mit hin und wieder stattfindenden internen Saalveranstaltungen begnügt. Es wurde wieder auf Infostände zurückgegriffen, so am 10. April 2009 in Erkrath und am 17. April 2010 in der Düsseldorfer Innenstadt. Der Stand in Düsseldorf wurde u.a. von Aktivisten des "Freien Widerstands Düsseldorf" geschützt, einer erst kürzlich gegründeten Gruppe im Spektrum der "Autonomen Nationalisten". Schwerpunkt des Wahlkampfes scheint aber nicht die Landeshauptstadt, sondern die Stadt Mettmann zu sein. Lediglich in einem der acht Wahlkreise in Düsseldorf und dem Kreis Mettmann wurde ein Direktkandidat aufgestellt: Andreas Büchner im WK 37 (Mettmann II). Anders als bei früheren Landtagswahlen hat das aber nicht zwingend Konsequenzen, weil die NPD auch ohne Direktkandidaten flächendeckend über ihre Reserveliste wählbar ist. Auf dieser Reserveliste ist als höchstplatzierte Akteur des Kreisverbands auf Platz 10 der Rater Ralf-Peter Zecher, Beisitzer im Kreisvorstand, zu finden. Auch Zecher zählt zu den Hauptakteuren des Kreisverbandes. Er ist seit vielen Jahren regelmäßiger Teilnehmer an neonazistischen Aufmärschen.

Das Ziel der NPD für den 9. Mai 2009 ist klar: über die Ein-Prozent-Hürde zu kommen und als stärkste Partei der extremen Rechten abzuschneiden. Ob das Düsseldorfer Ergebnis dabei hilfreich sein wird, darf bezweifelt werden.



Die "Deutsche Volksunion" (DVU)

Einst erzielte sie mit 12,9 Prozent in Sachsen-Anhalt das höchste Ergebnis, das eine extrem rechte Partei in der Bundesrepublik auf Landesebene erreichte. Ihre Wahlkämpfe waren zuweilen Materialschlachten, bei denen selbst die großen Parteien nicht mithalten konnten. 26.000 Mitglieder zählte sie in ihren "besten" Zeiten. Ihr Vorsitzender Gerhard Frey konnte auf Augenhöhe mit NPD-Chef Udo Voigt über einen "Deutschlandpakt" beider Parteien verhandeln.

Etwas mehr als ein Jahr, nachdem Frey das Interesse an "seiner" DVU verloren, den Vorsitz abgegeben und sich komplett aus der Parteiarbeit zurückgezogen hat, ist alles anders. Geblieben sind der Partei nach dem Ausscheiden aus dem Brandenburger Landtag nur noch ein paar kommunale Ratsmandate. Die Mitgliederzahlen rauschen ungebrems in den Keller; in Nordrhein-Westfalen etwa verlor sie im vorigen Jahr ein Drittel ihrer Mitgliedschaft. Für Wahlkämpfe ist kein Geld mehr in der Kasse. Und ihr neuer Vorsitzender Matthias Faust wurde in

den Augen der NPD-Oberen zunächst zum lästigen Bittsteller und dann zur Randfigur, die man komplett ignorieren kann.

Faust hatte die DVU, die immer abhängig gewesen war von Freys prall gefülltem Portmonee und nie über eine wirklich arbeitsfähige Parteibasis verfügt hatte, zu einer "richtigen" Partei machen wollen. Damit war er gründlich gescheitert. Bei der Europawahl im vorigen Jahr kam sie nur auf 0,4 Prozent. Was in der Kasse fehlte, sollte durch eine neue Optik ausgeglichen werden. Als "Die Neue Rechte" gerierte sich die DVU vollmundig. Die fehlende Parteibasis sollte durch die stärkere Internetpräsenz kompensiert werden: Weltnetz statt Infostand, Blogs und Podcasts statt der nicht mehr bezahlbaren Materialschlacht an den Straßenlaternen. Das Ergebnis: "Die Neue Rechte" wurde sogar von "Freien Wählern", "Republikanern", "Tierschutzpartei", "Familien-Partei", "Piraten-Partei", "Rentner-Partei" und ÖDP abgehängt. Die NPD kündigte in der Folge den



"Deutschlandpakt" auf. Und im September scheiterte in Brandenburg der Wiedereinzug der DVU ins Landesparlament. Fausts Konzept war nicht aufgegangen.

"Keine besonderen Qualifikationen"

Eine Illusion war es vor allem zu glauben, dass sich mit dem vorhandenen Personal und Neuzugängen – etwa von enttäuschten Ex-NPDlern – eine neue arbeitsfähige Parteibasis würde aufbauen lassen. Statt dessen setzte sich der Mitgliederschwund fort. In NRW beispielsweise sank die Zahl der Mitglieder von 1.200 im Jahre 2008 auf 800 im vorigen Jahr. Und selbst diese Zahl muss man relativieren. Abgesehen von einer dünnen Schicht von Parteifunktionären sind sie über die Jahre – abgesehen vom Lesen der National-Zeitung und in wenigen Regionen vom Besuch von DVU-Stammtischen – auf Passivität getrimmt worden. Viele werden als "Ehrenmitglieder" geführt, die nicht einmal den Mindestmonatsbeitrag von 3 Euro zahlen und in einigen Fällen von ihrer "Mitgliedschaft" in der DVU sogar angeblich nichts wissen.

Bis zur Kommunalwahl des vorigen Jahres war die DVU in Dortmund und Stolberg in den Stadträten vertreten. In Stolberg trat sie gar nicht mehr an. Selbst ein "dringender Aufruf", mit dem die örtliche DVU Kandidaten suchte, die nicht einmal "Vorkenntnisse oder besondere Qualifikationen" mitbringen müss-

ten, blieb ohne Erfolg. In Dortmund machte die NPD der DVU Konkurrenz – mit dem Ergebnis, dass der "Volksunion" nur noch eines ihrer zuvor drei Mandate blieb.

Der DVU-Landes- und -Kreisvorsitzende Max Branghofer, der auch dem Bundesvorstand angehört, hält dort die Stellung. Als Landeschef wurde er im Februar bei einem Parteitag in der Nähe von Recklinghausen wiedergewählt. Berichtet wurde über die Veranstaltung parteioffiziell nur wenig detailliert. Ein Gast des Parteitags beschrieb in einem extrem rechten Internetportal seine Beobachtungen: Zum Beispiel, "daß die Zahl der Delegierten und Besucher weitaus geringer war als die Zahl der Bücher auf den Verkaufstischen". Oder seine Einschätzung des Altersdurchschnitts der Teilnehmer: "Deutlich über 60, junge Leute sah man praktisch überhaupt nicht." Was fehlte, so jener Parteitagsgast, war jede kontroverse Auseinandersetzung, "obwohl angesichts der überregional schwachen Wahlergebnisse eigentlich eine heftige Diskussion über den weiteren Weg" zu erwarten gewesen sei. "Mit Verlaub gesagt: Das Ganze glich eher einer Sektenversammlung denn dem Landesparteitag einer im politischen Leben stehenden Partei, deren Mitglieder und Delegierte das Ohr am politischen Geschehen haben und die auch einmal Kritik an der Führung üben, zumal ja genügend Anlaß hierfür bestand."

Die DVU in Düsseldorf

Der erste Düsseldorfer Kreisverband der DVU wurde am 5. Juni 1988 gegründet, so zumindest war es der "Deutschen Wochenzeitung" (DWZ) des DVU-Gründers und jahrzehntelangen Vorsitzenden, Dr. Gerhard Frey vom 17. Juni 1988 zu entnehmen. Im Rahmen ihres Europawahlkampfes führte die Partei am 30. Mai 1989 eine Großkundgebung in der Düsseldorfer Stadthalle durch. Bei der damaligen Europawahl erzielte die Partei 1,6 Prozent der Stimmen, sowohl bundesweit als auch in Düsseldorf. Parallel kamen "Die Republikaner" auf 7,1 Prozent. Nach 1989 bewegte sich seitens der DVU über Jahre nichts mehr vor Ort, was sich erst Mitte der neunziger Jahre wieder änderte, als der ehemalige Kreisvorsitzende Holger von der Heydt (Jahrgang 1966) damit begann, Strukturen aufzubauen, Saalveranstaltungen zu organisieren und Interessenten einzubinden. Der erste Anlauf, wieder einen Kreisverband zu gründen, scheiterte am 22. Februar 1997 jedoch. Gegendemonstranten blockierten die als Versammlungslokal gewählte Gaststätte in Düsseldorf- Heerdt.



Offensichtlich besteht bei der Düsseldorfer DVU Verwirrung darüber, wie lange sie bereits existiert. Auf ihrer Homepage feierte sie 2005 ihr zehnjähriges Bestehen: "10 Jahre DVU Düsseldorf ! 1995 – 2005".

Seit vielen Jahren sollen laut Ankündigung in der "Deutschen Nationalzeitung" monatliche Treffen in Form von Stammtischen bzw. Bürgerabenden der DVU in Düsseldorf stattfinden, eine Außenwirkung geht von ihnen jedoch nicht aus, die Teilnehmerzahl dürfte sich im einstelligen Bereich bewegen.

Lokalpolitisch spielt die DVU bis heute keine messbare Rolle, bei Kommunalwahlen ist sie in Düsseldorf zudem nie angetreten. Stattdessen aber waren lokale Akteure der DVU als Kommunalwahlkandidaten der REP anzutreffen. 2004 kandidierten trotz offizieller Abgrenzung der REP von der DVU mindestens drei DVU-Akteure auf der Liste der "Republikaner", Holger von der Heydt sogar auf Listenplatz 3 und Karl-Josef Roß auf Platz 5 der Reseveliste. Dritter im Bunde war Kurt Schöfisch. Auch bei den Kommunalwahlen 2009 trat Holger von der Heydt für die REP an, es ist aber unbekannt, ob er nach wie vor Mitglied bzw. Funktionsträger der DVU ist.

Die lokalen DVU-Akteure praktizier(t)en eine enge Zusammenarbeit mit NPD und pfleg(t)en gute Kontakte zu den "Freien Kameradschaften". Von der Heydt nahm auch an Aufmärschen teil, wie beispielsweise an den NPD-Demonstrationen und -Kundgebungen am 1. Mai 1998 in Leipzig und am 1. Mai 2004 in Berlin. Saalveranstaltungen, Infostände und die Teilnahme an Demonstrationen werden bis heute in trauter Eintracht durchgeführt. Trotz des Zusammenbruchs des "Deutschlandpaktes" zwi-

schen NPD und DVU fanden sich unter den Kommunalwahlkandidaten der Düsseldorfer NPD 2009 zwei Funktionsträger der Düsseldorfer DVU: Karl-Josef Roß auf Platz zwei der Reserveliste sowie erneut Schöfisch, der 2009 aber auch mehrfach an "Bürgerabenden" der REP teilnahm. Schöfisch ist bis heute regelmäßiger Teilnehmer an Aufmärschen der NPD und der "Freien Nationalisten", zu meist in Begleitung des NPD-Orts- und Kreisvorstandsmitglieds Andreas Büchner. Mehrfach nahm er auch an Aufklärungsveranstaltungen fortschrittlicher Gruppierungen über die extreme Rechte

teil bzw. versuchte daran teilzunehmen.

An öffentlichen Aktivitäten der DVU vor Ort waren in jüngerer Zeit nur ein gemeinsamer Infostand mit der NPD in Garath sowie wenige Flugblattverteilaktionen zu beobachten. Darüber hinaus helfen einzelne DVUler der NPD im Landtagswahlkampf in Düsseldorf. Eine der Flugblattverteilaktionen der Düsseldorfer DVU richtete sich gegen den „Moscheebau“ in Düsseldorf-Rath, bei einer zweiten wurde von einem jungen Nachwuchsakteur ein DVU-Werbeflugblatt in Düsseldorf-Wittlaer verteilt.



Die "Republikaner"

Die "Republikaner" (REP) treten mit einer zwölköpfigen Landesliste NRWweit an. Außerdem stellen sie in acht von 128 Wahlkreisen auch Direktkandidaten, darunter in allen vier Düsseldorfer Wahlkreisen.

Gegründet Ende 1983 als rechte Abspaltung von der CSU, konnte die Partei 1989 ins Europaparlament (mit bundesweit 7,1 Prozent) und ins Berliner Abgeordnetenhaus einziehen, in den 1990er Jahren auch zweimal in den Stuttgarter Landtag. Seit Mitte der 1990er Jahre verlieren die "Republikaner" aber stetig an Bedeutung. Ihre Mitgliederzahl halbierte sich von 2000 bis 2009 in etwa auf rund 6.700. Wahlerfolge auf Bundes- oder Landesebene blieben aus. Das historische Tief bei der Bundestagswahl des vorigen Jahres, als die "Republikaner" mit 0,4 Prozent der Stimmen sogar aus der staatlichen Parteienfinanzierung herausfielen, sorgte für Unmut. Schon in den Jahren zuvor war

Kritik an der Parteispitze um den Vorsitzenden Rolf Schlierer und seine beiden damaligen Stellvertreter, Johann Gärtner aus Bayern und Ursula Winkelsett aus Nordrhein-Westfalen, wegen des stetigen Bedeutungsverlusts und des Abgrenzungskurses gegenüber anderen Rechtsaußenparteien laut geworden. Aktuell kam zudem die Befürchtung auf, dass die "Republikaner" zumindest regional in Nordrhein-Westfalen von der neuen Konkurrenz in Gestalt der rechtspopulistischen "Bürgerbewegung pro NRW" abgehängt werden könnten.

Dennoch setzte sich Schlierer bei einem Parteitag im März in Hamm erneut durch. In den Tagen davor und dann beim Parteitag selbst hatte er sich als außerordentlich wendig erwiesen und zumindest verbal seine Politik der Abgrenzung zu anderen Rechtsparteien abgeschwächt. "Bei nur wenigen Gegenstimmen", so betonten die REP in einer

Pressemitteilung, beschlossen die Delegierten eine Resolution mit dem Titel "Trennendes zurückstellen – gemeinsam für unser Land". Angestrebt wird demnach ein "Neuanfang der demokratischen Rechten in Deutschland". Die Resolution beauftragte den Bundesvorstand, "Gespräche und Verhandlungen mit anderen Parteien und Gruppierungen" zu führen. Explizit ausgenommen von der Einladung an "alle politikfähigen Kräfte der demokratischen Rechten zu einer Zusammenarbeit" sei lediglich die NPD. Damit würden sich die "Republikaner" auch eine Option für Gespräche mit der "pro-Bewegung" öffnen, heißt es in der Pressemitteilung. Damit konnte Schlierer die parteiinterne Opposition rund um den rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Stephan Stritter, der in den letzten Monaten den Parteichef hart angegangen war, für sich gewinnen. Während Schlierer bis dato eine Zusammenarbeit mit "pro NRW" strikt abgelehnt hatte, hatte Stritter, Stadtrat in Mainz, eine solche Kooperation forciert – auch, aber nicht nur über gemeinsame Aktivitäten seiner eigenen Stadtratsfraktion mit der "pro Köln"-Ratsfraktion.

Gegen Schlierer trat bei dem Parteitag seine bisherige geschäftsführende Stellvertreterin Winkelsett an, die seinen Kurs jahrelang mitgetragen und befördert hatte. Mit 60 gegen 93 Stimmen unterlag sie schließlich dem alten und neuen REP-Vorsitzenden. Als Stellvertreterin mochte sie nicht mehr kandidieren.

Vom Kuscheln in braunen Ecken

Unklar bleibt vorerst, wie ernst Schlierers neuer Kurs der Offenheit gemeint ist. Mitte Dezember hatte das REP-Präsidium die "Anbiederungs- und Umarmungsversuche" von "pro Köln" beziehungsweise "pro NRW" noch als unangebracht zurückgewiesen. Und Schlierer hatte hinzugefügt: "Mit uns gibt

es kein Kuscheln in braunen Ecken." Vier Wochen später machte er "pro"-Politiker indirekt für eine Falschmeldung über seinen Rückzug vom Parteivorsitz verantwortlich und sagte in Richtung der "pro"-Oberen Markus Beisicht und Manfred Rouhs, sie gehörten zu jenen Leuten, "mit denen wir mit Sicherheit nie wieder zusammenarbeiten werden". Weitere zwei Wochen später formulierte er ziemlich unmissverständlich: "Es kotzt mich eigentlich an, mich mit solchen Leuten dauernd auseinandersetzen zu müssen."

Die Hoffnungen mancher Vertreter der bisherigen REP-internen Opposition, dass die "Republikaner" ihre Kandidatur zur Landtagswahl in NRW kurzfristig zurückziehen könnten, erfüllten sich nicht. Winkelsett als NRW-Landesvorsitzende blieb beim Kurs der Abgrenzung: Eine Annäherung an "pro" wolle sie auf jeden Fall verhindern, hatte sie schon vor dem Parteitag im Gespräch mit der "Jungen Freiheit" zu verstehen gegeben. Und anschließend erklärte sie, die neue rechtspopulistische Konkurrenz werde außerhalb von Nordrhein-Westfalen maßlos überschätzt. Das beweise auch der "Reinfall" der groß angekündigten "Anti-Minarett-Konferenz". Winkelsett: "PRO ist eine Laus, die sich permanent zum Elefanten aufbläst."

In ihrem eigenen Landesverband hat Winkelsett allerdings nach den Wahlschläppen des vorigen Jahres – bei der Kommunalwahl verlor die Partei elf ihrer zuvor 20 Mandate in Kreistagen und Stadträten – eine Reihe von Abgängen langjähriger Funktionäre bzw. Mandatsträger zu verzeichnen gehabt. Mit Frank Maul und Ulrich Manes verließen zwei ihrer drei Stellvertreter die Partei und wechselten zu "pro NRW". Manes nahm zudem sein Mandat im Minden-Lübbecker Kreistag mit in seine neue politische Heimat. Maul, der auch

Kreisvorsitzender in Siegen-Wittgenstein und Angestellter der REP-Fraktion im Herner Stadtrat war, verband seinen Abgang mit dem Aufruf an seine Ex-Parteifreunde, seinem Beispiel zu folgen und mit "pro NRW" einen "rechtsdemokratischen Neuanfang" zu wagen. Maul: "Wer heute noch in verbrauchten Splittergruppen verharret, die seit zwanzig Jahren Wahlniederlage auf Wahlniederlage häufen, der versündigt sich an der Zukunft Nordrhein-Westfalens und Deutschlands." Zu denen, die bei den "Republikanern" seither das Weite suchten, gehörten auch der Hagener Stadtrat Wolfgang Schulz und sein Hammer Kollege Gerald Thörner.

Die Landesliste der "Republikaner" zur NRW-Wahl ist von "altgedienten" Funktionären geprägt. Angeführt wird sie von Winkelsett (Jahrgang 1962) aus dem münsterländischen Senden. Ihm folgt der REP-Bundes- und Landesschatzmeisters Ralf Goertz (1965) aus Erkelenz. Dr. Jürgen Heydrich (1933) aus Köln, Mitglied des Bundesvorstands und Winkelsetts letzter verbliebener stellvertretender Landesvorsitzender, ist auf Listenplatz 3 zu finden. Vierter ist Andreas Weber (1962), REP-Abgeordneter in der Städteregion

Aachen. Bis Platz 10 folgen Arnd Schubeus (1967), Stadtrat in Herne und Beisitzer im REP-Landesvorstand, Dr. Dietrich Fischer (1930) aus Bad Salzuflen, Wolfgang Pohlmann (1940), Stadtrat in Wuppertal und Landesschriftführer, sein Wuppertaler Parteifreund Thomas Kik (1965), der stellvertretender Landesschriftführer der Partei ist, Mirco Hornig (1973) aus Gelsenkirchen sowie Volker Marsch (1956), Stadtrat in Porta Westfalica.

Die "Republikaner" gaben nach der Entscheidung über die Zulassung ihrer Liste schon einmal ein Wahlziel aus – aber ohne sich auf eine angestrebte Prozent-, oder besser: Promillezahl festzulegen. "Als Ziel wird die Behauptung des Listenplatzes 7 angestrebt", hieß es nach der "Ruhrgebietskonferenz" der Partei Anfang April in Recklinghausen. Die Mitglieder seien motiviert, "diesen Platz zu verteidigen bzw. die Platzierung zu verbessern". Konkret bedeutet das: Die "Republikaner" wären damit zufrieden, wenn sie nicht durch "Piraten", ÖDP, "Tierschutzpartei", "Familien-Partei" oder "Rentner-Partei" etc. überholt würden.

Die "Republikaner" in Düsseldorf

Vier der acht Direktkandidaten und -kandidatinnen, die "Die Republikaner" landesweit von 128 möglichen aufgestellt haben, stehen bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 in Düsseldorf zur Wahl. Im Wahlkreis Düsseldorf I Sandra Fischer, im WK Düsseldorf II der ehemalige Kreisvorsitzende Andre Maniera, im Düsseldorf III Horst Giebel und im WK Düsseldorf IV der aktuelle Kreisvorsitzende Karl-Heinz Fischer. Auf der Landesliste der Partei ist hingegen kein einziger Düsseldorfer zu finden. Vor Ort aber wird deutlich, dass die Partei Präsenz und Handlungsfähigkeit zeigen möchte, nicht zuletzt durch aktive Wahlkämpfe. Der Düsseldorfer Kreisverband zählt neben dem in Herne zu den aktivsten Kreisverbänden in NRW, wobei diese Feststellung eher bezeichnend für die Inaktivität der übrigen Kreisverbände ist als für einen besonders hohen Aktivitätsgrad des Düsseldorfer Verbandes.

Der erste Kreisverband der REP in Düsseldorf wurde im Jahr 1985 gegründet. Als sein bislang größter Erfolg kann der Einzug in den Düsseldorfer Stadtrat im Jahr 1989 bezeichnet werden. Das Überspringen der damals noch gültigen Fünf-Prozent-Hürde gelang offenbar mühelos. 6,2 Prozent der Stimmen bedeuteten fünf Mandate. An einen derartigen Erfolg konnte der Kreisverband bis heute nicht mehr anknüpfen, aber auch der Damalige relativiert sich durch den Umstand, dass sich die Fraktion innerhalb kürzester Zeit in drei Teile spaltete, nur zwei der Abgeordneten blieben letztendlich bei den REP. Bei den Kommunalwahlen 1994 scheiterten die REP mit 1,8 Prozent deutlich an der Fünf-

Prozent-Hürde, nach deren Wegfall reichte es 1999, 2004 und 2009 mit 1,5 Prozent, 1,7 Prozent und 1,2 Prozent für jeweils ein Mandat im Stadtrat, das jeweils von Jürgen Krüger wahrgenommen wurde bzw. wird. Des Weiteren sind die REP mit einem Mandat (3,3 Prozent) in der Bezirksvertretung 10 (Garath/Hellerhof) vertreten, das Karl-Heinz Fischer inne hat.

Bei der Landtagswahl 1990 kam die Partei in Düsseldorf auf 2,3 Prozent – das beste Ergebnis, das die REP bisher bei Landtagswahlen in Düsseldorf erzielen konnten. 1995, 2000 und 2005 reichte es nur noch für 0,6, 1,2 und 0,7 Prozent.

Im Düsseldorfer Stadtrat und in der Bezirksvertretung 10 lassen die beiden Mandatsträger der "Republikaner", Jürgen Krüger und Karl-Heinz Fischer, wenig von sich hören. Fischer stimmt in der Regel mit der CDU ab, seine einzige Anfrage in letzter Zeit hatte das Thema Taubenkot zum Inhalt. Ähnlich verhält es sich mit Krüger. Nennenswerte parlamentarische Aktivitäten sind nicht zu beobachten. Neben gelegentlichen Ausfällen gegenüber der Fraktion "Die Linke", meldet sich Krüger nur selten zu Wort und wird von den meisten anderen Ratsmitgliedern nicht weiter beachtet. Im Jahr 2009 und 2010 gab es keine einzige Anfrage von Krüger, antragsberechtigt ist er ohnehin nicht. Allerdings kommentierte er zum ersten Mal den Haushalt in einer Rede. Aufgrund der satten Mehrheit von CDU und FDP kann sich Krüger auch nicht als Mehrheitsbeschaffer ins Spiel bringen.

Wie sich die Düsseldorfer REP bei den Parteizwistigkeiten bezüglich einer Abgrenzung zu anderen Parteien der extremen Rechten offiziell positioniert haben, ist nicht bekannt, sehr wohl aber, dass sie vor Ort offenbar wenig Berührungspunkte zu Akteuren der NPD, der DVU und selbst der "Freien Kameradschaften" haben. Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2004 verkündete man, es sei gelungen, "rechte Parteien", unter ihnen auch die DVU und die "Deutsche Partei" (DP), zu einem lokalen "Bündnis" zu vereinen. In diesem Rahmen fand am 19. August 2004 laut Recherchen der Düsseldorfer „Stadtzeitung TERZ“ in einer Düsseldorfer Gaststätte ein "Bürgerabend" der REP mit etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, an dem Akteure aller extrem rechter Parteien aus Düsseldorf sowie eine mindestens sechsköpfige Delegation der örtlichen "Freien Kameradschaft" um Sven Skoda teilgenommen haben sollen. Bei den Kommunalwahlen fünf Wochen später standen mindestens drei Akteure der DVU auf den Kandidatenlisten der REP, auf Platz drei der Reserveliste der damalige DVU-Kreisvorsitzende Holger von der Heydt. Besonders verwunderlich ist das nicht, bedenkt man, dass mit dem damaligen stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Björn Clemens einer der härtesten Widersacher des Abgrenzungskurses von REP-Chef Rolf Schlierer und REP-NRW-Chefin Ursula Winkelsett der Führung der Düsseldorfer REP angehörte.

Doch auch nach Clemens' Austritt aus den REP im Jahr 2007 hat sich augenscheinlich nichts an den zumindest informellen Kontakten geändert. An den monatlichen "Bürgerabenden", semikonspirativ durchgeführt in Gaststätten und zumeist nur von einer einstelligen Anzahl an Parteigängern besucht, nahmen AugenzeugInnen zufolge mit Andreas Büchner und Kurt Schöfisch mehrfach



auch lokale Funktionäre von NPD und DVU teil.

Was die rechte Agitation gegen eine angebliche "Islamisierung" betrifft, waren es die REP, die 2007 in Düsseldorf als erste das Thema erkannten und auf die Tagesordnung setzten: "Düsseldorf darf nicht Istanbul werden. Wir lassen die Kirche im Dorf und die Moschee in Istanbul" und "Islamisierung stoppen, damit Sie auch zukünftig Weihnachten feiern können" lauteten einige ihrer Parolen. Es wurden Unterschriftensammlungen, Flugblattverteilungen und Infostände gegen den Moscheebau in Düsseldorf-Rath organisiert und durchgeführt. Karl-Heinz Fischer kündigte sogar an, "bundesweit" zu Demonstrationen gegen den Moscheebau aufrufen zu wollen, was dann später nie wieder Thema war. Das Thema "Den weiteren Moscheebau verhindern!" war auch Mitte 2008 eines der zentralen Themen des Oberbürgermeisterkandidaten der REP, Jürgen Krüger. Sein "Sofort-Programm" bot auch ansonsten typisch republikanisches: "Fixerstuben schließen", eine stärkere Polizeipräsenz, die Separierung von Schülern mit "mangelhaften Deutschkenntnissen" in getrennten

Klassen und eine "Videoüberwachung an allen Düsseldorfer Schulen". Doch nur 0,5 Prozent der an der Wahl teilnehmenden Düsseldorfer und Düsseldorferinnen wollten ihn als Oberbürgermeister haben.

Jürgen Krüger ist der einzige heute noch aktive Düsseldorfer REP, der auch über Düsseldorf hinaus Schlagzeilen machte. Der amtierende Beisitzer im REP-Landesvorstand hatte 2005 in einer öffentlichen Sitzung formuliert: "Wenn das so weiter

geht, haben wir irgendwann mehr Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland als ermordete Juden." Vom Vorwurf der Volksverhetzung wurde Krüger, der es währenddessen auf elf Jahre Mitgliedschaft im Düsseldorfer Stadtrat gebracht hat, jedoch schließlich freigesprochen. Nicht freigesprochen wurde er letztendlich vom Vorwurf des Wahlbetruges, da er sich vor der Landtagswahl 2005 durch eine "groß angelegte Täuschungsaktion" über 100 Unterstützerunterschriften erschlichen hatte.



Foto: LOTTA - Antifaschistische Zeitung aus NRW

Die "Bürgerbewegung pro NRW"

"Pro NRW" tritt bei der Landtagswahl am 9. Mai NRW-weit mit einer Landesliste an, außerdem mit Direktkandidaten in 53 der 128 Wahlkreise: neun im westfälischen Landesteil, 44 im Rheinland.

"Pro NRW" sprach im Januar 2010 von "über 1.500 Mitgliedern". Die tatsächliche Mitgliederzahl ist nicht bekannt, dürfte aber sehr deutlich unter dieser Angabe liegen. Aufschluss über den Stand des gewünschten flächendeckenden Ausbaus von Strukturen und Kandidaturen gibt das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2009, bei der "pro" auf zirka 18 Prozent der Stimmzettel stand. Zuvor noch als sicher angesehene Kandidaturen im Rhein-Sieg-Kreis und in Essen scheiterten offenbar aufgrund innerparteilichen Streits. Außerhalb des Rheinlandes trat die Partei nur in Gelsen-

kirchen (drei Mandate im Stadtrat und vier in den Bezirksvertretungen) und in Lemgo (ein Mandat im Stadtrat) an. In Köln konnte "pro Köln" 5,4 Prozent (fünf Mandate) auf sich vereinen und damit noch einmal 0,7 Prozent zulegen, in Leverkusen reichte es für drei Mandate, in Bonn für eins. Auch in vier Landkreisen im Rheinland gelang der Einzug: im Rhein-Erft-Kreis (zwei Mandate im Kreistag und drei Mandate im Stadtrat Bergheim), im Rheinisch-Bergischen Kreis (ein Mandat im Kreistag und ein Mandat im Stadtrat Leichlingen), im Oberbergischen Kreis (ein Mandat im Kreistag und ein Mandat im Stadtrat Radevormwald) und im Rhein-Kreis Neuss (ein Mandat im Kreistag, zwei Mandate im Stadtrat Dormagen). Überall wo "pro NRW" bei den Kommunalwahlen antrat, hatte die Partei flächendeckend

Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt und zog in das jeweilige Parlament ein.

Parteimitgliedschaft stundenweise

Zur Landtagswahl hatte "pro NRW" die Nominierung von 66 Wahlkreiskandidaten bekannt gegeben. Geblieben sind davon 53. In einigen Fällen dürfte die selbsternannte "Bürgerbewegung" an der Verpflichtung gescheitert sein, jeweils 100 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Doch auch die über 40-prozentige Abdeckung mit Direktkandidatinnen und Direktkandidaten täuscht. In sehr großen Teilen des Bundeslandes verfügt die Partei nach wie vor über keine Basis. So behauptete beispielsweise Ingo Haller, der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Düren, der im Dezember 2009 an einer Veranstaltung von "pro NRW" zur Aufstellung eines Kandidaten teilnahm, dort seien, weil nur ein Parteimitglied anwesend war, unter den Gästen "Freiwillige" gesucht worden, die zumindest "für die Dauer der Versammlung" Mitglied werden würden. Damit, so zitierte Haller den Versammlungsleiter von "pro NRW", würden die Formalien bei der Kandidatenaufstellung gewahrt, und nach der Wahl erlösche die "Mitgliedschaft" auf Wunsch sofort wieder.

Nicht nur bei der Aufstellung der Direktkandidatinnen und -kandidaten hat "pro NRW" Probleme, ein flächendeckender Wahlkampf kostet auch viel Geld. Als "pro" nach den Kommunalwahlen wegen nicht entfernter Wahlplakate eine Rechnung über 33.775 Euro zugestellt wurde, sprach Markus Beisicht, Vorsitzender von "pro Köln" und "pro NRW" am 29. Dezember 2009 sogar von einem finanziellen Vernichtungsschlag. So kam es wie gerufen, dass Anfang 2010 der als sehr betucht geltende schwedisch-deutsche Unternehmer Patrik Brinkmann "pro NRW" beitrug. Brinkmann – so "pro

NRW" – sei bereit, "neben der Unterstützung des pro-NRW-Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen nun auch persönlich Verantwortung zu übernehmen und als Vorsitzender und designierter Spitzenkandidat für pro-Berlin auch in der Bundeshauptstadt in den politischen Ring zu steigen". Wie hoch die erhoffte "Unterstützung" ausfallen wird – es werden Zahlen von bis zu fünf Millionen Euro genannt –, ist indes völlig unklar. Durchaus möglich aber erscheint es, dass der vorher für die NPD und später für die DVU aktive Brinkmann der Partei Kredite im fünf- bis sechststelligen Bereich gewährt, offenbar nicht ohne dafür auch auf der politischen Ebene Gegenleistungen zu erwarten. Wie lange derartige Kredite reichen, falls Brinkmann der Partei unter anderem die Rechnungen für seine angekündigte Wahlkampftournee vom 3. bis 8. Mai durch rund 20 NRW-Städte "mit eigenem Tourbus, Bühnen-Lkw und Hubschraubereinsatz" einreichen sollte, wird sich herausstellen. Es steht zu erwarten, dass die Partei mit unlösbaren finanziellen Problemen zu kämpfen haben wird, falls sie bei den Landtagswahlen nicht die Ein-Prozent-Hürde überspringen sollte. Dann nämlich blieben ihr Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung verwehrt.

Die "Antiislam-Partei"

Brinkmanns Kredite kommen "pro" auch deshalb gelegen, weil es der Partei aufgrund ihrer schwachen, in diversen NRW-Regionen überhaupt nicht vorhandenen Basis ansonsten nicht möglich wäre, einen wahrnehmbaren Wahlkampf zu führen. Es bleiben ihr kostenintensive Postwurfsendungen und massive Plakatierungen sowie mediale Inszenierungen, um sich öffentlich als die maßgebliche "Antiislam-Partei" zu präsentieren, mit Unterstützung erfolgreicher Rechtsparteien aus dem europäischen Ausland. Zu den Inszenierungen, die dieses Image

festigen sollten, zählten die beiden "Anti-Islamisierungskongresse" 2008 und 2009 in Köln, zu denen jeweils vierstellige Teilnehmerzahlen und internationale Prominenz angekündigt wurden. Der erste der beiden "Kongresse", die Kundgebungscharakter hatten bzw. haben sollten, konnte aufgrund starker Proteste und Blockaden nicht stattfinden, am zweiten beteiligten sich maximal 200 Personen, darunter auch diverse Teilnehmer aus Österreich (FPÖ) und insbesondere aus Belgien ("Vlaams Belang"), der auch einen Teil der Organisation und Logistik übernommen hatte.

Ebenso auf die Kooperation mit "Vlaams Belang" und FPÖ und auf mediale Inszenierung setzte eine "internationale Konferenz für die Einführung eines Minarettverbots" am 27. März 2010 in Gelsenkirchen. Am Tag darauf wurde mit knapp 200 Teilnehmern eine zuvor als "Sternmarsch" angekündigte Demonstration in der Nähe der Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh durchgeführt. Man rechne "insgesamt mit bis zu 2.000 Teilnehmern aus ganz Europa", hatte es anfänglich geheiß; Mitte März war dann noch von "über 1.500" Personen die Rede;



angemeldet wurde der "Sternmarsch" für 1.000. Am 26. März fanden zudem in sechs Ruhrgebietsstädten sechs "Mahnwachen" statt – vormittags parallel in Oberhausen und Herten, mittags in Gelsenkirchen und Mülheim an der Ruhr, nachmittags in Essen und Bochum. An den Aktionen nahmen knapp 70 "pro"-Anhänger teil.

Auf den ersten zehn Plätzen der "pro NRW"-Liste sind bekannte Namen zu finden. An der Spitze der "pro Köln"- und "pro NRW"-Vorsitzende Markus Beisicht (Jahrgang 1963), der dem Leverkusener Stadtrat angehört, und die "pro Köln"-Fraktionsvorsitzende Judith Wolter (1978), die auch als geschäftsführende stellvertretende Vorsitzende von "pro Köln" und Schatzmeisterin von "pro NRW" fungiert. Auf Listenplatz 3 wurde Kevin Gareth Hauer (1978) gewählt, Stadtrat in Gelsenkirchen und stellvertretender Vorsitzender von "pro NRW". Ihm folgt Markus Wiener (1976), Stadtrat in Köln und dort Geschäftsführer der Fraktion, außerdem stellvertretender Vorsitzender von "pro Köln" und Generalsekretär von "pro NRW". Auf den Plätzen 5 und 6 sind zwei weitere "pro NRW"-Vize zu finden: Roland Micklich (1953), Stadtrat in Leichlingen und Kreistagsabgeordneter im Rheinisch-Bergischen Kreis, sowie Daniel M. Schöppe (1974), Stadtrat in Dormagen und Kreistagsmitglied im Rhein-Kreis Neuss. Auf den weiteren Plätzen bis Nummer 10 stehen Fabian Thies (1982), Stadtrat in Lemgo und Vorstandsmitglied von "pro NRW", Bernd M. Schöppe (1972), Stadtrat in Köln, Vorstandsmitglied bei "pro Köln" und Schriftführer bei "pro NRW", Udo Schäfer (1954), Kreistagsmitglied im Oberbergischen Kreis und "pro NRW"-Vorstandsmitglied, sowie Susanne Kutzner, Stadträtin in Leverkusen und ebenfalls Vorstandsmitglied bei "pro NRW".

Hinter der Fassade

Ungeachtet der Tatsache, dass unter den ersten zehn Kandidaten bereits mindestens fünf ehemalige Mitglieder der "Republikaner" oder der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) zu finden sind, versucht "pro NRW", sich als seriöse und "rechtsdemokratische" Alternative bei der NRW-Landtagswahl zu präsentieren. Doch je genauer man ihre Landesliste und ihre Direktkandidaten unter die Lupe nimmt, umso mehr Anhaltspunkte lassen sich dafür finden, dass es hinter der sauberen Fassade anders aussieht.

Aktuellstes Beispiel ist Norbert Back, Geschäftsführer der Dormagener "pro NRW"-Ratsfraktion. Nachdem er einen RTL-Extra-Beitrag über nichtintegrierte Jugendliche aus Migrantenfamilien gesehen hatte, schrieb er auf der Homepage der lokalen "pro"-Gruppe den – mittlerweile wieder gelöschten – Kommentar: "diese Menschen, oder sollte man Tiere dazu sagen, haben es nicht verdient, hier zu Leben". Back ist Landtagskandidat im Rhein-Kreis Neuss und Nummer 23 auf der Landesliste von "pro NRW".

Einen Platz vor ihm auf der Liste ist Nico Ernst, zugleich Direktkandidat in einem der Bonner Wahlkreise, zu finden. Ernst, der für "pro" im Bonner Stadtrat sitzt, war bis vor einigen Jahren noch im Umfeld der Neonazi-Kameradschaft Rhein/Ahr und für die Kölner NPD aktiv. Die Kölner NPD behauptete, Ernst sei noch 2006 als Kreisschatzmeister gewählt, dann aber rasch wegen Unfähigkeit "entfernt" worden.

Auf Platz 19 der Liste steht Heinz-Kurt Täubner aus Köln. Der Diplom-Goldschmiedemeister im Ruhestand musste es vor zwei Jahren hinnehmen, dass unter anderem der "Kölner Stadtanzeiger" ein Foto veröffentlichte, das Täubner bei einer Hitler-Geburtstagsfeier

Mitte der 1980er Jahre zeigen soll – vor ihm eine Schale mit Hakenkreuz, hinter ihm Kerzen mit Hakenkreuzen. Auch dokumentiert wurde ein Mitgliedsausweis einer militanten Neonazi-Truppe, der ebenfalls in den 1980er Jahren auf Täubners Namen ausgestellt worden war.

Aktueller ist ein Foto, das den 16. auf der Liste, Tobias Ronsdorf, vor einer Reichskriegsflagge und einer Fahne mit dem Keltenkreuz zeigt, wie die Kölner Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) berichtet. Ronsdorf kandidiert nicht nur auf der Liste, sondern in Wuppertal auch als Wahlkreisbewerber.

Neonazi-Referent

Auf Platz 13 ist der Rechtsanwalt Andre Picker zu finden, der in Bochum wohnt und in Dortmund eine Kanzlei unterhält. Picker tauchte in zumindest einem dokumentierten Fall bei einer "Rechtsschulung" von Neonazis als Referent auf. Auf der Internetseite "Nationales München" wurde "Kamerad Picker" anschließend "ganz herzlich" gedankt – für seinen Vortrag und seine "wertvolle, rechtsanwaltliche Hilfe".

Nicht mit Listenplatz, aber als Direktkandidat geht Tobias Nass für "pro NRW" in Solingen an den Start. Nach Angaben der ibs veröffentlichte er in seinem Profil im sozialen Netzwerk StudiVZ ein Foto, das ihn mit Führungskräften der rechts-"autonomen" Neonazi-Organisation AG Rheinland zeige, außerdem ein Bild, auf dem ihn ein Hitler-Bärtchen "ziert". Das "Solinger Tageblatt" berichtete zudem, als politische Vorbilder habe Nass in seinem StudiVZ-Profil den im vergangenen Oktober verstorbenen Neonazi-Anwalt und Rassisten Jürgen Rieger und Friedrich Busse, den ebenfalls verstorbenen Chef der verbotenen Neonazi-Organisation FAP, genannt.

"Pro NRW" in Düsseldorf

"Ihren Sitz wird die Bürgerbewegung pro NRW in der Landeshauptstadt Düsseldorf haben", verkündete der "pro NRW"-Vorsitzende Markus Beisicht am 5. Februar 2007 bei der Gründungsversammlung des Vereins "Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V.". Damit solle "ein klares Signal für die Zukunft" gesetzt werden. "Denn bei einem erfolgreichen Abschneiden bei der Kommunalwahl ist auch die Landtagswahl 2010 eine Option für uns". Doch auch ein aktiver Kreisverband in Düsseldorf sollte rasch aufgebaut werden. Am 23. März 2007 verkündete Beisicht anlässlich einer "pro NRW"-Saalveranstaltung unter dem Motto "Von pro Köln über pro NRW in den Landtag 2010?" im 20 Autominuten von Düsseldorf entfernten Dormagen-Nievenheim, dass die Gründung eines Düsseldorfer Kreisverbandes kurz bevorstehe. Vielleicht hoffte er hierbei auf die tatkräftige Unterstützung des Düsseldorfer Rechtsanwaltes Björn Clemens. Der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der "Republikaner" hatte kurz zuvor den REP den Rücken gekehrt und sich als Versammlungsleiter der "pro NRW"-Gründungsversammlung zur Verfügung gestellt. Doch die Einbindung von Clemens scheiterte, ebenso der Aufbau handlungsfähiger Strukturen in der Landeshauptstadt, die bis heute nicht existieren. Lange Zeit gab es nicht einmal einen lokalen Ansprechpartner für Interessierte, diese Aufgabe wurde zeitweise vom stellvertretenden "pro NRW"-Vorsitzenden Daniel Schöppe aus Dormagen-Nievenheim übernommen.



Erst am 14. November 2007 meldete sich "pro NRW" wieder zum Thema Düsseldorf zu Wort. Stein des Anstoßes war eine Informationsveranstaltung des anti-rassistischen "Düsseldorfer Appells" über "pro NRW" im "Haus der Kirche", für "pro NRW" ein "linksextremes Spektakel", das man "mit einigen phantasievollen Aktionen kritisch begleiten" wolle. Im Nachhinein war dann nur noch die Rede davon, dass die Veranstaltung "unter ständiger Beobachtung einer pro-NRW-Aktivistin" gestanden habe.

Am 7. Dezember 2007 setzte "pro NRW" mit ihrem Schwerpunktthema nach. Im Düsseldorfer Stadtteil Rath solle angeblich eine "Prunkmoschee" gebaut werden, was es zu verhindern gelte. Gemeint war ein geplanter Umzug eines marokkanischen Eltern- und Jugendvereins in das Gebäude des ehemaligen Rather S-Bahnhofs, da der bisherige Gebetsraum zu klein war. Doch "pro NRW" war mangels Personal nicht in der Lage, vor



Ort Präsenz zu zeigen und politisch aktiv zu werden. Recht vage wurde eine "Postwurfsendung an alle Rather Haushalte" in Aussicht gestellt.

Am 20. Februar 2008 bezeichnete Beisicht einen Wahlantritt bei den Kommunalwahlen in Düsseldorf und im Kreis Mettmann als nunmehr sicher. Offenbar hatte er einen neuen Hoffnungsträger gefunden, der den Aufbau eines Kreisverbandes und einen Wahlantritt verwirklichen sollte. Sein Name: Uwe Berger aus Heiligenhaus (Kreis Mettmann), der bereits eine längere Mitgliedschaft in der SPD und eine kurze in der NPD hinter sich hatte und nach einem neuen politischen Betätigungsfeld suchte. Eigenangaben zufolge trat der Frührentner (Jahrgang 1964) im September 2007 "pro NRW" bei. Seine Dienste nahm "pro NRW" gerne in Anspruch, war Berger doch willens und fähig, die Internetpräsenz der "pro-Bewegung" zu betreuen und auszubauen. Innerhalb kurzer Zeit sammelte Berger Parteiposten: Parteivorstandsmitglied, Vorstandsmitglied des "pro NRW"-Bezirksverbands Rheinland, "verantwortlicher Netzwerkadministrator des pro

NRW Netzwerks", Bezirksbeauftragter für das Sauerland, Kreisbeauftragter für den Märkischen Kreis, Beauftragter für die Stadt Herne sowie Regionalbeauftragter für Düsseldorf und den Kreis Mettmann.

Zwar willens, aber nicht fähig war Berger jedoch dazu, einen handlungsfähigen Kreisverband aufzubauen. Bereits einfache Sachen, wie die Organisation von Informationsveranstaltungen wollten ihm nicht gelingen. Die einzige Veranstaltung in Düsseldorf, für die öffentlich (ohne Nennung des Ortes) für den 31. Juli 2008 geworben wurde, scheiterte an öffentlichen Protesten. Der mit "pro NRW" sympathisierende Vorsitzende des "Reitpark Eller e.V.", Hans-Jürgen Ribaucourt, sah sich gezwungen, seine Zusage für die Nutzung der Vereinsgaststätte zurückzuziehen. In Düsseldorf kam es zu keiner einzigen nennenswerten politischen Aktivität, sieht man einmal von einer – nicht einmal verifizierten – Verteilaktion von "Informationsbroschüren" im August 2008 ab. Das änderte sich auch nicht, als am 27. November 2008 der Kreisverband Düsseldorf/Mettmann offiziell gegründet wurde. Uwe Berger übernahm er-

wartungsgemäß den Vorsitz, Stellvertreter wurde Dietz Kippschull aus Wülfrath. Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurden der Düsseldorfer Ribaucourt, Uwe Bergers Ehefrau Carmen Berger und Hans Werner Bäcker aus Velbert. Erste Zwistigkeiten unter den Vorstandsmitglieder waren nur eine Frage der Zeit. Mehrere "Aktivposten" zogen sich zurück.

Bereits im Sommer 2008 war auch klar geworden, dass "pro NRW" doch nicht bei den Kommunalwahlen 2009 in Düsseldorf antreten würde: "Das Signal steht glasklar für die Landtagswahl 2010!", so Berger. Doch er selbst schaffte es nicht einmal bis zu den Kommunalwahlen. "Ich habe fertig... und habe heute die 'Bürgerbewegung pro NRW' mit sofortiger Wirkung ... verlassen", verkündete er wenige Stunden nach einem Parteitag von "pro NRW" am 14. Juni 2009, bei dem er nicht wieder in den Parteivorstand gewählt worden war. Er sei "zum untersten Befehlsempfänger" degradiert worden, der sich "von eigenen Parteikollegen öffentlich bis tief ins Persönlichste hinein beschimpfen und beleidigen lassen musste."

Vier Monate später berichtete „pro NRW“ davon, dass "über 30 pro-NRW-Aktivistinnen ... rund 20.000 Petitionen gegen Islamisierung und Überfremdung" in den Stadtteilen Garath, Hellerhof, Benrath, Hassels, Reisholz, Wersten, Eller, Urdenbach und Kaiserswerth in die Hausbriefkästen verteilt hätten.

Einen weiteren Monat später titelte "pro NRW" mit "Durchbruch in der Landeshauptstadt" und berichtete über eine angeblich "gut besuchte Mitgliederversammlung" am 17. November 2009. Neuer Vorsitzender des Kreisverbandes Düsseldorf sei Manfred Linn, der als Doktor der Pädagogik mit einer "renommierten Praxis in Düsseldorf" vorgestellt

wurde. Gewählt worden sei ein fünfköpfiger Kreisvorstand, teilte "pro NRW" mit, nannte aber außer Linn keine weiteren Vorstandsmitglieder namentlich.

Statt dessen wurden Direktkandidaten für die vier Düsseldorfer Landtagswahlbezirke vorgestellt. Im Landtagswahlkreis 40 Düsseldorf I soll Linn antreten. Für den Wahlkreis 41 Düsseldorf II wurde Horst Welters aus Mönchengladbach nominiert. Frank Maul, bis zur Kommunalwahl 2009 Kreistagsmitglied der "Republikaner" in Siegen-Wittgenstein und inzwischen Mitarbeiter der "pro NRW"-Ratsfraktion in Leverkusen, wurde für den Wahlkreis 42 Düsseldorf III aufgestellt. Der Kölner Bernd Schöppe schließlich soll im Düsseldorfer Süden (Wahlkreis 43 Düsseldorf IV) antreten. Unter vier Landtagsdirektkandidaten findet sich also nur ein Düsseldorfer, so dass anzunehmen ist, das "pro NRW" in der Landeshauptstadt weiterhin mit großen Personalproblemen zu kämpfen hat.

Die wenigen Aktionen auf der Straße, die bisher in Düsseldorf stattgefunden haben, hatten keinen lokalen Bezug. Gemeint sind drei kundgebungsartige "Mahnwachen" vor dem Landtag bzw. vor der Staatskanzlei am 28. März 2008, 30. März 2009 und 22. März 2010, mit denen gegen die Nennung der "pro"-Bewegung in den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichten protestiert wurde und an denen jeweils maximal 30 bis 40 Personen teilnahmen. Bis Ende April 2010 hat es nicht einmal einen einzigen Informationsstand von "pro NRW" in Düsseldorf gegeben. Im Wahlkampf beschränkt sich die Partei auf eine offensive Plakatierung, Postwurfsendungen und eine Kundgebung am 8. Mai 2010 mit "pro NRW"-Finanzier Patrik Brinkmann aus Berlin als Abschluss seiner nordrhein-westfälischen Wahlkampftournee.

"Bund für Gesamtdeutschland", "Ab jetzt..." und "Deutsche Partei"

Zur Landtagswahl treten drei Kleinstparteien rechts von der CDU an, die einen Bezug zur extremen Rechten hatten oder haben. Der "Bund für Gesamtdeutschland" (BGD) und "Ab jetzt... Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung" (mit der Kurzbezeichnung "Volksabstimmung" auf den Stimmzetteln zu finden) treten landesweit mit ihren Listen an, die "Deutsche Partei" (DP) kandidiert nur in einem Wahlkreis mit einem Direktbewerber.

"Ostgebiete": "Annektiert"

Der BGD hat eine zehnköpfige Landesliste aufgestellt. Neun der zehn Kandidaten sind 70 Jahre und älter. Außerdem tritt der BGD-Vorsitzende Horst Zaborowski (Jahrgang 1926) im Wahlkreis 40 Düsseldorf I an.

Der BGD sieht sich als "letzte unabhängige Instanz der Interessen deutscher Menschen aus den Ostgebieten des Zweiten Deutschen Reichs". "Die Annexion deutschen Gebietes entbehrt der völkerrechtlichen Grundlage", heißt es denn auch im Grundsatzprogramm. Der BGD wende sich dagegen, "daß insbesondere in Westdeutschland die kulturelle und ethnische Identität des deutschen Volkes entgegen den für die

deutschen Staatsbürger gestalteten und festgesetzten Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und seiner Präambel auf dem Wege der vorgeblichen 'multikulturellen' Veränderungen zerstört wird."

Bei der Landtagswahl 2005 kam der BGD, der in zwei Wahlkreisen auf den Stimmzetteln stand, auf 56 Stimmen. Fünf Jahre zuvor, als ein Wahlkreis besetzt werden konnte, waren es 178 Stimmen. Immerhin schaffte es der BGD diesmal, 1.000 Unterstützungsunterschriften für die Landesliste und 100 für den Direktkandidaten zusammenzubekommen – wenn auch mit Schwierigkeiten. In einer Ende letzten Jahres verschickten "Sonderausgabe" des BGD-Blättchens "Unsere Deutsche Heimat" hieß es, leider habe die Bitte um Unterstützung "nicht die Beachtung gefunden, die dem Ernst der Lage angemessen" sei. "Unsere Bemühungen für Heimat, Volk und Vaterland der letzten 20 Jahre werden wir nicht fortsetzen können, wenn wir nicht an der Landtagwahl in NRW im Mai 2010 teilnehmen. Es liegt an jedem Einzelnen von uns, mitzuhelfen, daß der Einsatz unserer Freunde – und insbesondere auch die Hilfe und der Einsatz unserer bereits von uns Gegangenen – nicht vergeblich gewesen sein soll."

"Mehr WDR 4!"

"Ab jetzt..." tritt unter der Kurzbezeichnung "Volksabstimmung" mit einer 16-köpfigen Landesliste an, außerdem mit vier Direktkandidaten im Rhein-Sieg-Kreis. Auch diese Gruppierung fällt durch ihren hohen Altersdurchschnitt auf. Zehn Kandidaten sind 60 Jahre und älter, nur zwei jünger als 35.

Bis 2006 wurde die Partei vom NRW-Verfassungsschutz als "rechtsextrem" eingestuft. Sie habe sich "deutlich fremdenfeindlich" geäußert und "die im Bundestag vertretenen Parteien und deren Vertreter als Initiatoren einer gegen die eigentlichen nationalen Interessen Deutschlands gerichteten Politik" diffamiert. Ab 2007 wird die Partei nicht mehr in den VS-Berichten erwähnt.

Im Grundsatzprogramm der Partei aus dem Jahre 2008 heißt es: "63 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges fordert Deutschland seinen gleichberechtigten Platz innerhalb der freien Völker." Beklagt wird in dem Text, dass jeder, der sage, "was das Volk denkt, (...) als 'Populist', 'Extremist' oder 'Nazi' beschimpft und in so genannten 'Verfassungsschutzberichten' an den Pranger gestellt" werde. Deutschland sei kein Einwanderungsland, meint "Ab jetzt..." und beklagt an anderer Stelle des Programms die "Herabwürdigung deutscher Soldaten in Vergangenheit und Gegenwart durch deutsche Meinungsmacher". Für ihre ältere Klientel hat die Partei eine ganz besondere Forderung parat: "Die Gestaltung der Programme in den Medien (Hörfunk u. Fernsehen) muss vorrangig den berechtigten Interessen der deutschen Kultur und Heimat Rechnung tragen" (siehe NDR 1 Niedersachsen, WDR 4).

Bei der Europawahl 2004 kam "Ab jetzt..." bundesweit auf 0,5 Prozent der Stimmen, was der Partei Ansprüche aus der staatlichen Parteienfinanzierung bescherte. Ansonsten muss sie sich mit regionalen Erfolgen bescheiden: Bei der Kommunalwahl im vorigen Jahr zog die Partei erneut in den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises und in vier Stadtparlamente im Kreisgebiet ein.

Parteistatus erhalten

Die "Deutsche Partei" wollte eigentlich mit einer Landesliste NRW-weit antreten. Doch der Versuch, dafür 1.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln, scheiterte. Geblieben ist letztlich nur der Wahlkreis Bochum III - Herne II, wo ihr Landesvorsitzender Michael Fischer antritt. Damit ist das wichtigste Ziel aber bereits erreicht. "Damit konnte die Deutsche Partei ihren Parteistatus für die nächsten sechs Jahre erhalten", freut sich die DP-Zeitung "Deutschland Post". Jetzt gelte es noch, "einen kleinen Achtungserfolg einzuheimsen". Der Erhalt des Status einer politischen Partei war der eigentliche Sinn und Zweck des Wahlantritts, wie Fischer im Januar eingeräumt hatte: Wegen der internen Streitigkeiten der vergangenen fünf, sechs Jahre habe die "Deutsche Partei" an keiner Wahl teilnehmen können. Fischer: "Deswegen müssen wir im Jahre 2010 an einer Wahl teilnehmen." Und dabei stand "leider" nur NRW zur Auswahl.

Parteiinterner Streit war in den letzten Jahren entstanden, weil die "Deutsche Partei" sich seit Anfang des Jahrzehnts auf den Weg nach rechts außen gemacht hatte, DVU-Abtrünnige aufnahm und einige Funktionäre mit einer Kooperation mit der NPD liebäugelten. Der aktuelle Vorstand steuert aber wieder einen Kurs der Abgrenzung.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität"

Auch wenn sie Wahlerfolge noch nie erzielen konnte – der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" (BüSo) gelingt es immer wieder, junge, aktive Menschen einzubinden, die friedensbewegt sind und sich eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung ohne Ausbeutung wünschen. Mit ihren Aktivistinnen und Aktivisten ist die BüSo in der Öffentlichkeit oft recht präsent. Auch für den aktuellen Landtagswahlkampf hat sie Infotische und sogar kleinere Demonstrationen in diversen Städten angekündigt.

Die BüSo ist Teil der "LaRouche-Bewegung", eines internationalen Netzwerks von Organisationen, die sämtlich dem 1922 geborenen US-amerikanischen Polit-Aktivisten Lyndon Hermyle LaRouche verbunden sind und von zahlreichen Aussteigern als "sektenähnlich" eingestuft werden. LaRouche bezeichnet sich selbst als den "führenden Wirtschaftswissenschaftler der Gegenwart" – eine Meinung, die in der Fachwelt eigentlich niemand teilt –, und setzt sich für ein neues Weltwirtschaftssystem ein. Dass das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem nur wenige Monate vor dem Zusammenbruch stehe, sagt er seit Jahrzehnten voraus. LaRouche hat mehrfach bei Wahlen oder Vorwahlen für die US-Präsidentschaft kandidiert – ohne jeden Erfolg – und ist ein erbitterter Gegner der US-amerikani-

schen Neokonservativen. Hoffnungen setzt er auf eine engere ökonomische Zusammenarbeit Europas und Asiens ("Eurasien"), die ein Gegengewicht gegen die britisch-amerikanische "Finanzoligarchie" bilden soll.

In Deutschland sind LaRouche-Parteien seit 1974 präsent. Damals gründete Helga Zepp – seit 1977 ist sie mit Lyndon

LaRouche verheiratet und heißt Zepp-LaRouche – die "Europäische Arbeiterpartei". Der Parteiname wurde gewählt, um in linken Milieus Anhängerinnen und Anhänger zu gewinnen. Als dies nicht verfiel, gründete Helga Zepp-LaRouche 1985 die "Patrioten für Deutschland". Inhaltlich unterscheiden diese sich nicht wirklich von der Vorgängerorganisation, jedoch sollte der neue Parteiname kon-

servative und rechte Kreise erschließen; als Anknüpfungspunkt bot sich der Antiamerikanismus an, der in deutschen Rechtsaußenkreisen verbreitet ist. Ansatzweise gelang das Andocken auch: "Wir haben eine gesunde Mischung aus ehemaligen Militärs und Mittelständlern", prahlte ein Parteiaktivist gegenüber den Journalisten Helmut Lorscheid und Leo A. Müller, die 1986 eine kritische Publikation über das LaRouche-Netzwerk publizierten. Einen LaRouche-Auf-



ruf unterzeichnete damals der CDU-Mann Emil Schlee, der wenig später zu den REP wechselte.

Nachdem sich auch die "Patrioten für Deutschland" als Flop erwiesen hatten, startete Zepp-LaRouche 1992 mit der BüSo einen dritten Anlauf. Diesmal hatte sie bürgerbewegte und globalisierungskritische Spektren im Blick. Besonders glücklich gestaltet sich jedoch auch die Entwicklung der BüSo nicht. Vielleicht liegt es daran, dass die ökologische Orientierung, die man in bürgerbewegten und globalisierungskritischen Milieus erwartet, von den LaRouche-Parteien nicht erwidert wird. Diese zielen vielmehr auf eine "Reindustrialisierung" Deutschlands"; die BüSo NRW wirbt aktuell mit dem Wahlslogan: "Die Demontage Nordrhein-Westfalens – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Spitzenkandidatin Katarzyna Kruczkowski verlangt einen "Transrapid für das Ruhrgebiet".

Bis heute wird der deutschen LaRouche-Bewegung immer wieder Antisemitismus vorgeworfen. Der Vorwurf hat seinen Ursprung in einem Artikel, den Helga Zepp-LaRouche am 25. Januar 1979 veröffentlichte. "Während in den USA niemand auch nur die geringsten Illusionen über die Macht der zionistischen Lobby über vor allem die gegenwärtige Administration hegt", schrieb Zepp-LaRouche damals, "ist der Einfluß einer verdeckter operierenden zionistischen Lobby in der Bundesrepublik bisher nur wenigen eingeweihten politischen Persönlichkeiten bekannt, nicht aber der breiten Bevölkerung." Mit Blick auf den Fernsehfilm "Holocaust", der im Januar 1979 in der Bundesrepublik gesendet wurde, fuhr Zepp-LaRouche fort: "Und deshalb müssen wir den scheinheiligen Holocaust-Schwindel zum Anlaß nehmen, um diese ausländischen Agenten auffliegen zu lassen."

"Deutsche Zentrumspartei", "Partei Bibeltreuer Christen" und "AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie"

Gleich drei christliche Kleinstparteien treten zur Landtagswahl in NRW an: die "Deutsche Zentrumspartei", die "Partei Bibeltreuer Christen" (PBC) und "AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie". Sie machen vor allem durch ihr Auftreten gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch von sich reden; die PBC etwa mobilisierte mehrfach für Demonstrationen, die in mehreren Städten, unter anderem in Münster, unter dem Motto "1.000 Kreuze für das Leben" neue Maßnahmen gegen Abtreibungen forderten. Die Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensgemeinschaften weisen die christlichen Kleinstparteien ebenfalls einmütig zurück. Von der extremen Rechten grenzen sie sich empört ab; die Unionsparteien jedoch gelten ihnen in mancher Hinsicht als zu liberal. Immer wieder äußern sie daher ein starkes Verlangen nach "moralischer Erneuerung" und einer "geistigmoralischen Wende".

Die älteste und traditionsreichste der drei christlichen Kleinstparteien ist die "Deutsche Zentrumspartei". Sie geht auf das 1870 gegründete, einst einflussreiche "Zentrum" zurück, das den deutschen Katholizismus schon im Kaiserreich im

Parlament vertrat. Die heutige "Zentrumspartei" ist allerdings nicht einmal mehr ein Schatten ihrer bekannten Vorgängerin. Bei der Bundestagswahl 2005 etwa erhielt sie gerade einmal 4.010 Stimmen, und obwohl sie sich inzwischen auch für nicht-katholische Christinnen und Christen geöffnet hat, reichte es auch bei der Bundestagswahl 2009 für kaum mehr: Die "Zentrumspartei" kam auf 6.093 Stimmen. Allerdings kandidierte sie lediglich in NRW.

Die "Zentrumspartei"

Zentrale Bedeutung hat für die "Zentrumspartei" – wie für die anderen christlichen Kleinstparteien auch – der entschiedene Kampf gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. "Abtreibungsrecht ist menschenrechtswidriges Unrecht", heißt es auf der Website der Organisation. Auch für weitere konservativ-christliche Werte tritt die Partei ein, so etwa für die traditionelle Geschlechterordnung: "Die traditionelle Familie muss gestärkt werden." Dazu gibt es beim "Zentrum" durchaus konkrete Ideen, etwa: "Die Presse ist aufgerufen, sich freiwillig dazu zu verpflichten, die



Berichterstattung über Ehescheidungen z.B. von Prominenten vollständig einzustellen." Deutlich aggressiver kommt die "Zentrumsparterie" etwa beim Thema "Ausländer & Migranten" daher. "Der kampfbereite Islam schickt sich an, das europäische Kernland zu erobern", liest man auf ihrer Internetpräsenz, und der Warnung folgen, offenbar ironisch gemeint, "einige Vorschläge" zu neuen "Integrationsbeiträgen": "Schwarzrotgold wird eingeholt und der Halbmond auf dem Reichstag gehisst." "Deutsche erhalten hierzulande nur einen geduldeten Aufenthaltsstatus." "Aus deutschen Kochbüchern wird die Schweinshaxe gestrichen, Nationalgericht wird Döner."

Solche Töne kennt man ansonsten aus dem rechtspopulistischen Milieu, und tatsächlich hat die "Zentrumsparterie" einige ehemalige Mitglieder der rechtspopulistischen Hamburger "Schill-Partei" aufgenommen. Im Jahr 2007 etwa wechselte Dirk Nockemann, der Schill im Amt des Hamburger Innenministers nachgefolgt war, zu ihr. Nockemann machte wenig später Schlagzeilen, als er sich dafür aussprach, die ehemalige Fernsehmoderatorin Eva Herman in die "Zentrumsparterie" zu holen. Herman hatte

gerade mit Äußerungen für einige Aufmerksamkeit gesorgt, die als Zustimmung zur NS-Familienpolitik verstanden worden waren. Ein einstiger Fraktionsvorsitzende der Schill-Partei in der Hamburger Bürgerschaft, Norbert Frühauf, war etwas vorher ebenfalls zur "Zentrumsparterie" übergetreten. Mit Hans-Dieter Even, der letztes Jahr in Duisburg bei der Oberbürgermeisterwahl kandidierte, ist auch in NRW ein ehemaliger Schill-Aktivist für das "Zentrum" aktiv.

Der gegenwärtige Zustand der Partei ist allerdings desolat: Unklar ist sogar, wer den Parteivorsitz innehat. Ein Streit darum zwischen den beiden Rivalen Alois Degler und Gerhard Woitzik wird zur Zeit gerichtlich geklärt; Woitzik kandidiert dessen ungeachtet auf Platz 1 der Landesliste der Partei. Das "Zentrum" hat traditionell eine bedeutende Hochburg in Dormagen, wo es den stellvertretenden Bürgermeister stellt; auch im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss sowie in den Räten von Dormagen, Kaarst, Meerbusch, Neuss und Mönchengladbach ist es vertreten. Bei den Düsseldorf Oberbürgermeisterwahlen am 31. August 2008 erzielte der Kandidat der Zentrumsparterie, Michael Möller, 0,2 Prozent der Stimmen.

Die "Partei Bibeltreuer Christen"

Viel jünger als die "Deutsche Zentrumsparterie" ist die "Partei Bibeltreuer Christen" (PBC), die nicht im Katholizismus beheimatet ist, sondern unter den deutschen Evangelikalen – einer Strömung des Protestantismus, die sämtliche Handlungsanweisungen der Bibel wortwörtlich nimmt. Die PBC, 1989 gegründet, lehnt deswegen nicht nur das Recht auf Schwangerschaftsabbruch kategorisch ab – ganz wie die "Zentrumsparterie" –, sie spricht sich auch deutlich gegen Homosexualität aus und will die

Ehescheidung erschweren. Und außerdem: "Die PBC", liest man in ihrem Grundsatzprogramm, "fordert ein Verbot von Astrologie, Wahrsagerei und Horoskopen an allen öffentlichen Schulen und Bildungseinrichtungen und eine gezielte, gründliche und praktische Aufklärung über die grausamen Spätfolgen solcher antigöttlichen Praktiken." Apropos Bildungseinrichtungen: Auf der Website der PBC findet sich ein mitfühlender Bericht über Eltern, die ihre Tochter aus der Schule nahmen, weil sie die Thematisierung von Sexualität im Unterricht ablehnten. Die "Erziehung der Schule im Geist der 68er schadet einem Kind aus gläubigem Elternhaus", heißt es mit Verweis darauf, dass jetzt ein eingetragener Verein sich für "Schulunterricht zu Hause" stark macht. Die PBC erzielt in Regionen mit einer evangelikalen Prägung durchaus messbare Wahlergebnisse: In den Wahlkreisen Siegen-Wittgenstein I und II kam sie bei der letzten Landtagswahl auf 1,1 bzw. 0,7 Prozent.

Die "AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie"

Weil die "Deutsche Zentrumspartei" und die PBC trotz ihrer konfessionellen Unterschiede alles in allem in ähnlichen Gefilden fischen, entstanden bereits vor mehreren Jahren Pläne, zu fusionieren. Einbezogen werden sollte dabei zudem die "Ökologisch-Demokratische Partei" (ödp), die sich zwar hauptsächlich dem

Umweltschutz widmet, aber ebenfalls deutlich christlich-konservativ geprägt ist. Der Fusionsversuch scheiterte zwar an den jeweiligen Parteimehrheiten, aber immerhin reichte die Energie der Fusionswilligen noch aus, um sich abzuspalten und eine weitere Kleinstpartei christlicher Prägung zu gründen – die "AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie". Seit 2008 ist sie am Start, auch in NRW, wo sie bei der Kommunalwahl 2009 in Detmold stolze 2,3 Prozent erzielte. Die AUF wendet sich an sämtliche christlichen Konfessionen und Denominationen; ein relevanter inhaltlicher Unterschied zu den übrigen christlichen Kleinstparteien besteht jedoch nicht. Die Partei fordert, die "Straffreiheit" von Schwangerschaftsabbrüchen "nur bei einer unabwendbaren Gefahr für das Leben der Mutter zuzulassen"; sie wendet sich gegen jede Vereinfachung von Ehescheidungsverfahren. Dass die Ehe eine heterosexuelle zu sein hat, darüber besteht auch im Milieu der AUF ein klarer Konsens. Und wenn die "Zentrumspartei" sich um Eva Herman bemüht hat, so hat die AUF dies sogar erfolgreich getan. "Es ist eine Tatsache, dass wir aussterben, denn Kinder, die nicht leben können, können auch keine Kinder bekommen", sagte Herman bei der Auftaktveranstaltung zur Europawahlkampagne der AUF: "Wir sind eine Gesellschaft der Schrumpfung geworden, wir sind Schrumpfgermanen."

Handlungsmöglichkeiten gegen die extreme Rechte

Für den Umgang mit extrem rechten Interventionen im öffentlichen Raum gibt es keinen allgemeingültigen Masterplan. Je nach Problemlage sind unterschiedliche Ideen und Konzepte nötig. In einer Großstadt beispielsweise haben antifaschistische Initiativen eine andere Ausgangsbasis als in ländlichen Regionen, PädagogInnen haben ganz andere Handlungsräume als LokalpolitikerInnen, den "Republikanern" ist anders zu begegnen als den "Autonomen Nationalisten". Dennoch haben sich einige Ansätze bewährt und können je nach Umsetzung und Kombination erfolgversprechend sein.

Entscheidend ist jedoch, sich darüber klar zu sein, dass es nicht ausreicht, "nur" isoliert gegen die extreme Rechte vorzugehen. Gegen die extreme Rechte aktiv zu sein erfordert auch, sich mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen, für eine solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft einzustehen, in der "mehr Demokratie" keine hohle Phrase gegen "Extremismus" bleibt. Notwendig sind ein kritischer Blick auf den Umgang mit jenen, die die extreme Rechte zu ihren Feindbildern erklärt hat, und Solidarität mit ihnen. Konkret bieten sich folgende Möglichkeiten – Ansatzpunkte zum Diskutieren, Ausprobieren und Weiterentwickeln:

1. Präventive Aufklärung

Grundlage jeder Intervention gegen die extreme Rechte sollte eine profunde Kenntnis der Organisationsstrukturen, der propagandistischen Inhalte, der Akteure der extremen Rechten vor Ort und ihrer Netzwerke sein. Dies erfordert es, Informationen zusammenzutragen und aufzubereiten über:

- die AktivistInnen, ihre Ziele und Methoden vor Ort;
- die politische Verortung der Aktiven im Netzwerk der extremen Rechten;
- die politischen (Wahlkampf-) Ambitionen der Gruppierungen;
- den Inhalt der Propaganda;
- die Propagandamittel (Flyer, Internet, Infostände, Unterschriftensammlungen etc.).

Eine fundierte Informationsbasis, die idealerweise kontinuierlich aufgebaut wurde, bietet eine Reihe von Vorteilen. Mit ihr ist es möglich, die lokale Entwicklung rechter Strukturen zu verfolgen und zu bewerten. Wird die Existenz einer rechten Szene dokumentiert, beugt dies einer Verharmlosung oder Fehleinschätzung vor. Wichtige Akteure können so aus der Anonymität geholt und bedrohliche Entwicklungen schnell erkannt werden. Auf Grundlage



Foto: Mühlhaus/attenzione photographers

einer guten Kenntnis über die extreme Rechte lassen sich dann auch weitere Informationsangebote entwickeln, zum Beispiel die Bereitstellung von Informationen für die Medien, die Entwicklung spezieller Aufklärungsmaterialien für den Schulunterricht, Diskussionsgrundlagen für Initiativen und "Runde Tische" gegen Rechts oder öffentliche Informationsveranstaltungen über die extreme Rechte.

Wird auf diese Weise rechtzeitig informiert und über die Taktiken extrem rechter Organisationen aufgeklärt, dann kann ihre lokale Akzeptanz und Verankerung von vorneherein erschwert oder sogar unterbunden werden. Gerade im Bereich der Jugendkulturen, die zunehmend durch die extreme Rechte dominiert werden, ist eine entsprechende Aufklärung und Schulung von SozialarbeiterInnen, PädagogInnen und ähnlichen MultiplikatorInnen in der Bildungsarbeit eine sehr geeignete Maßnahme, um extrem rechten Tendenzen kritisch begegnen und sich in Diskussionen inhaltlich und argumentativ behaupten zu können. Als Praxisbeispiel für antiras-

sistische Bildungsarbeit in den Schulen kann als bundesweit größtes Schulnetzwerk mit über 540 beteiligten Schulen die Initiative "Schule ohne Rassismus" angeführt werden. Dort werden mittels vielfach erprobter Methoden SchülerInnen für das Erkennen von Rassismus sensibilisiert und anschließend antirassistische Projekte durchgeführt (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage).

Um ein diskriminierungsfreies Klima zu fördern, sind alle Ressourcen für die Herstellung eines multikulturellen demokratischen Wir-Gefühls zu nutzen.

2. Politische Bündnisse gegen die extreme Rechte fördern

Oftmals wird die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten an die Politik delegiert. Eine lebendige Demokratie, die in der Lage ist, Gestaltungsspielräume der extremen Rechten nachhaltig einzuengen, wird jedoch in erster Linie durch die aktive Beteiligung der BürgerInnen geschaffen, die in ihr leben. Politik und Verwaltung haben dabei die Auf-

gabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Menschen sich zur Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders zusammenschließen und sich in das lokale Gemeinwesen einmischen können. Eine Stadtführung, die sich eindeutig gegen Rechts positioniert, anstatt das Problem kleinzureden oder zu ignorieren, unterstützt die Entwicklung wirkungsvoller Maßnahmen gegen rechtspopulistische und extrem rechte Aktivitäten. Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Netzwerken, lokalen Initiativen und Zuwanderer-Vereinigungen machen nicht nur selbstorganisiertes und interkulturelles Engagement öffentlich positiv erfahrbar, sondern können auch sehr wirkungsvoll sein. So brachte das zivilgesellschaftliche Bündnis "Dresden nazifrei" Anfang 2010 Zehntausende BürgerInnen auf die Straße, die mit massenhaften Blockaden und mutiger Entschlossenheit erstmals Europas größten Naziaufmarsch verhinderten. Ähnliche Bündnisse zwischen Gewerkschaften, SchülerInnen- und StudentInnengruppen, Kirchen und antifaschistischen Initiativen zeigten auch in anderen Städten Erfolg. Solche Bündnisse eignen sich sowohl zur punktuellen Zusammenarbeit, zum Beispiel zur Verhinderung eines Neonazi-Aufmarsches oder einer Kundgebung, können aber auch langfristig existieren und zu einem festen antifaschistischen Bestandteil einer Stadt oder Kommune werden.

3. Multikulturelles Engagement von unten stärken

Während die ersten beiden Vorschläge hauptsächlich darauf orientieren, extrem rechte Aktivitäten im öffentlichen Raum zurückzudrängen, möchten wir noch eine dritte Perspektive eröffnen. Einflussmöglichkeiten erhält die extreme Rechte dort, wo sie unwidersprochen agieren kann. Integrationspolitische Themen, Probleme und Konfliktfelder müssen deshalb offen, sachlich und jenseits von populistischen

Zuspitzungen und multi-kultureller Verklärung angesprochen und bearbeitet werden. Hierzu gehören auch kritische Fragen zum Zusammenleben mit MuslimInnen, zum Islam und zu Moscheebauvorhaben. Eine wirksame Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Instrumentalisierung interkultureller Konfliktthemen beinhaltet:

- konstruktive Kritik an integrationspolitischen Fehlentwicklungen unter aktiver Einbeziehung von Interessensgruppen von Zugewanderten;
- offensive Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktthemen, damit sie gar nicht erst von extrem rechten Akteuren rassistisch aufgeladen werden können;
- Auseinandersetzung mit Fundamentalismus, Rassismus und Antisemitismus in den Einwanderungscommunities;
- offensive politische Auseinandersetzung über die extreme Rechte statt Diskussion mit ihr.

Die kommunalen Integrations- und Migrationsräte sind wichtig für die interkulturelle Kommunikation. Zugleich muss allerdings kritisch reflektiert werden, dass die Zusammensetzung der meisten kommunalen Migrations- oder "Ausländer"-Beiräte bei weitem nicht die real existierende Vielfalt der Zuwanderercommunities widerspiegelt: Die Beiräte setzen sich häufig aus VertreterInnen der etablierten Zuwanderervereinigungen zusammen, von denen die muslimischen Verbände der türkischstämmigen Communities den prozentual größten Einfluss haben. Die meisten hier lebenden MuslimInnen – nahezu 80 Prozent – sind hingegen nicht in diesen Verbänden organisiert und damit in kommunalen Beiräten weitestgehend unterrepräsentiert. Daher sollte den unterschiedlichen kommunalen MigrantInnen-selbstorganisationen (MSO) sowie den

multikulturell und multiethnisch ausgerichteten Selbstorganisationen verstärkte Aufmerksamkeit zukommen. Sie spielen bei kulturellen, sozialen und auch bildungspolitischen Integrationsmaßnahmen eine erhebliche Rolle, die meist viel zu wenig öffentliche Anerkennung erfährt.

Eine Stadt, die offensiv und aktiv die demokratische Gemeindeskultur stärken will, braucht ein breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches demokratisch-interkulturelles Engagement und muss dieses auch stärken. Umgekehrt brauchen MSO und antirassistisch und interkulturell orientierte zivilgesellschaftliche Gruppen mehr Unterstützung durch die Kommune sowie Kooperationen mit öffentlichen und kommunalen Einrichtungen wie ethnischen Vereinen, Bürgerhäusern und Nachbarschaftsheimen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Schulen oder Jugendclubs.

Sinnvoll wäre:

- zivilgesellschaftliches interkulturelles Engagement zu fördern;
- bereits aktive Gruppierungen und Initiativen zu stärken;
- interkulturelle Netzwerke in den Stadtteilen aufzubauen;
- ethnischen Selbsthilfepotentialen öffentliche Anerkennung zu geben
- und statt Integrationsfeindlichkeit interkulturelle Gestaltungsmöglichkeiten zu fördern.

Positive Beispiele gelungener Integration lassen sich im lokalpolitischen Kontext gut herausstellen: im Rahmen einer interkulturellen Woche, bei Veranstaltungen, in Medien und Veröffentlichungen, über stadtteilbezogene Internetportale etc. Zuwanderung soll dabei als gesellschaftliche Normalität und Bereicherung im lokalen Geschehen begreifbar gemacht werden. Integration kann weder verordnet noch abgeschlossen werden,

sondern ist vielmehr als ein fortwährendes gemeinsames Ringen um ein akzeptables gesellschaftliches Miteinander zu begreifen und zu praktizieren. Umso wichtiger, dass Integration von kommunaler Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft als Aufgabe erkannt worden ist und in konkreten Maßnahmen sichtbar wird, dass man sich gemeinsam über ein interkulturelles Zusammenleben verständigt. Hierzu können Aufarbeitungen lokaler Migrationsgeschichte und das Aufzeigen kultureller Vielfalt wertvolle Hilfe geben.

4. Kritischer Blick auf die politische Mitte

Auch wenn in zunehmendem Maße in Politik und Medien die Erkenntnis Einzug gehalten hat, dass die extreme Rechte kein Phänomen allein der "politischen Ränder" ist, hat das viel bemühte Schlagwort vom "Extremismus der Mitte" bislang noch wenig praktische Berücksichtigung gefunden. Die zunehmende propagandistische Konzentration der extremen Rechten auf einen kulturalisierten Rassismus, der das Religiöse öffentlichkeitswirksam als Propagandafohle benutzt, nötigt zu einer offensiven Auseinandersetzung mit einem solchen Kulturkampf von Rechts. Es bedarf einer entschiedenen Positionierung gegen rassistische Infiltration im Alltag, gerade wenn Rechtspopulisten aktuell "Angst-Themen" besetzen, wie sie auch von der bürgerlichen Mitte aufgegriffen werden. Populistische Angstsznarien von einer "schleichenden Islamisierung" etwa werden nicht nur von Rechtaußenparteien, sondern auch von konservativen Politikern produziert. Mit der Forderung nach dem "Erhalt unserer christlich-abendländischen Leitkultur" kopiert die extreme Rechte gar Schlagwörter aus der Programmatik der CDU/CSU. Doch derartige Vorkommnisse gehen quer durch die etablierte Parteienlandschaft.

Eine Steilvorlage für die extreme Rechte lieferte zum Beispiel das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin, der bezogen auf die arabischstämmige Bevölkerung Berlins bemerkte, diese produziere ständig neue "Kopftuchmädchen". Die Äußerungen wurden quer durch die Publikationsorgane von Rechtsaußen als Beleg für die Richtigkeit der eigenen Behauptungen gewertet. Die extrem rechte "Bürgerbewegung pro Deutschland" bekundete gar in einem "offenen Brief" populistisch ihre "Solidarität" mit Sarrazin. Dass auch die Partei "Die Linke" nicht von solchen Vorkommnissen verschont ist, zeigen positive Bezugnahmen der extremen Rechten auf die populistischen Sprüche über "Fremdarbeiter", die Oskar Lafontaine einst gegenüber der Bild-Zeitung tätigte.

Eine erfolgreiche antirassistische und antifaschistische Gegenstrategie kommt daher nicht umhin, neben der Isolierung extrem rechter Kräfte und Einstellungsmuster soziale und ökonomische Ungleichheiten im gesellschaftlichen Machtzentrum einer kritischen Reflektion zu unterwerfen. Politisch muss zugleich deutlich gegen einen ethnisierenden Populismus, für kulturelle Vielfalt und für ein solidarisches Miteinander Stellung bezogen werden. Praktisch bedarf es eines entschlossenen zivilgesellschaftlichen Engagements und entsprechend selbstorganisierter basisdemokratischer Strukturen, die den Kampf gegen die extreme Rechte als gesellschaftliche Aufgabe begreifen und nicht in den Bereich staatlicher Verantwortung delegieren.

Alexander Stockhaus (AStA FH Düsseldorf)

Studentisches antifaschistisches Engagement

Antifaschistische Aktivitäten an Hochschulen sind vielfältig. Anlass dazu geben und geben immer wieder:

- Neonazis, die ein Hochschulstudium beginnen,
- extrem rechte AktivistInnen, die über politische Listen in StudentInnenparlamente gewählt werden,
- ProfessorInnen und DozentInnen, deren rechte Gesinnung bekannt ist und sich zum Teil auch in ihrer Lehre widerspiegelt
- jedes Jahr aufs neue um Mitglieder werbende Studentenverbindungen
- und das "festival contre le racisme".

Lass dich nicht keilen!

Wohl einer der klassischen Schwerpunkte antifaschistischen Engagements an den Hochschulen ist die Anti-Korporationsarbeit. Seit etwa 1968 gehen fortschrittliche ASten unter anderem mit Flugblättern gegen Studentenverbindungen vor, insbesondere gegen Burschenschaften. Dies geschieht vor allem dann, wenn es – gewöhnlich zu Beginn eines jeden Semesters – heißt: "Alte Herren und junge Burschen sind wieder auf Fuxenjagd." Gemeint ist die Mitgliederwerbung, welche die Verbindungsstudenten, oft bekleidet mit ihren altertümlichen Mützen und ihren merkwürdigen Schärpen, betreiben – sie versuchen immer wieder aufs Neue, Studienanfänger zum Eintritt in eine Studentenverbindung zu gewinnen, in ihrem Jargon: "Füxe" (neue Mitglieder) zu "keilen".

An vielen Hochschulstandorten – vor allem in alten Universitätsstädten, wo die Studentenverbindungen gewöhnlich sehr präsent sind – werden auch antikorporative, Studentenverbindungen aus kritischer Perspektive thematisierende Publikationen veröffentlicht. Darin wird regelmäßig aufgezeigt, welche Ansichten Studentenverbindungen vertreten; besonderes Augenmerk liegt auf politisch rechten Positionen und auf Kontakten zur extremen Rechten, die sich vor allem bei Burschenschaften finden. Kritisch beleuchtet werden zudem die mangelnde Abgrenzung gegenüber Burschenschaften mit Kontakten zur extremen Rechten, die bei den meisten Studentenverbindungen anzutreffen ist, aber auch frauenfeindliche Strukturen – die allermeisten Verbindungen schließen Frauen aus ihrem Männerbund aus –, die gewalttätige Praxis der Mensur (Fechtkampf mit scharfen Waffen), unverhältnismäßiger Alkoholenuss im Rahmen tradierter Sitten und Gebräuche sowie die Ablehnung von Kriegsdienstverweigerung durch zahlreiche Studentenverbindungen.

Rechte ProfessorInnen und DozentInnen

Immer wieder sind an den Hochschulen ProfessorInnen und andere DozentInnen anzutreffen, deren rechte Gesinnung bekannt ist und sich in manchen Fällen auch in ihrer Lehre widerspiegelt. Ein Beispiel ist Erhard Hartung, der als Anästhesist an der Düsseldorfer Univer-

sitätsklinik Karriere machte. Hartung, ein "Alter Herr" der "Burschenschaft Brixia Innsbruck", beteiligte sich in den 1960er Jahren an Aktionen, die die Kontrolle des italienischen Staates über Südtirol abschütteln sollten. Er wurde in Italien wegen der Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag verurteilt, bei dem vier Menschen ums Leben kamen. Hartung, der lange Zeit als Erster Sprecher der "Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer" auftrat, arbeitete fast 40 Jahre lang an der Uniklinik und war zeitweise auch Mitglied im Personalrat.

Rechte im StudentInnenparlament (StuPa) und im AStA

Immer wieder werden rechts außen angesiedelte StudentInnen in die parlamentarischen Stellvertreter-Gremien der studentischen Selbstverwaltung gewählt, gelegentlich über eine Liste der CDU-Hochschulorganisation RCDS ("Ring Christlich-Demokratischer Studenten"). Drei Beispiele:

2005 ereignete sich an der Universität Bochum der "Junge Freiheit-Skandal". Markus Hessler, RCDS-Fraktionschef an der Bochumer Uni, warb für die neu-rechte Wochenzeitung "Junge Freiheit". Erfolgreich beantragten die linken Listen den Rücktritt des Burschenschafters und angehenden Betriebswirtschaftlers Hessler.

2006 stieß der stellvertretende Gießener RCDS-Vorsitzende Matthias Müller auf Protest. Müller hatte sich als Sprecher der ultrarechten "Burschenschaft Dresdensia Rugia Gießen", der mehrere NPDler angehören, und als Vorsitzender einer Regionalgruppe der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO, heute "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland") hervorgetan. Zudem hatte er für die neu-rechte Wochenzeitung "Junge Freiheit"

geschrieben und war bei Aufmärschen und Veranstaltungen der NPD präsent. Seinen größten Auftritt hatte er, als er an einem Wochenseminar der "Dresdner Schule", einer intellektuellen Kaderschmiede der NPD, teilnahm und dem ZDF-Magazin "Frontal 21" dabei ein Interview gab.

Für den Kölner RCDS war im Jahr 2005 Thomas Hartenfels sogar im AStA der Universität aktiv. Hartenfels hatte sich ein paar Jahre zuvor Arm in Arm mit dem bekennenden Neonazi Axel Reitz auf einer extrem rechten Demonstration ablichten lassen. Kurz vor der StuPa-Wahl 2005 warnte die Alternative Liste an der Universität: "Neonazi im AStA!" Auf Plakaten und Flugblättern wurden Belege für die "Nazikarriere" des CDU-Nachwuchspolitikers gedruckt. Thomas Hartenfels, außerdem CDU-Ratsherr in Rösrath und Vorsitzender der "Jungen Union" des Rheinisch-Bergischen Kreises, trat daraufhin von seinem AStA-Posten zurück. Er war ein halbes Jahr an der Uni aktiv gewesen – als Projektleiter im Öffentlichkeitsreferat des Kölner AStA und als Mitglied im RCDS.

Diese Beispiele zeigen, wie Rechtsaußen unter den StudentInnen in etablierten konservativen Milieus andocken können. Die taz schrieb im Jahr 2005 dazu: "Die Nachwuchsorganisationen der CDU haben ein Problem mit der Abgrenzung nach Rechtsaußen. In den 1960er Jahren zählte der RCDS zum linken Flügel der Adenauer-CDU. In den letzten Jahrzehnten mutierte der Hochschulbund zum Fanclub stramm-konservativer Politiker. Die männlich dominierten Uni-Gruppen an Rhein und Ruhr sind heute vielerorts Refugien rechter Eigenbrötler und Burschenschaftler. Martin Hohmanns Tätervolk-Rede sei am RCDS-Rand Standardlektüre, angeblich erlebe sogar der Hitlergruß eine Renaissance bei feuchtföhlichen RCDS-Sitzungen."

Die Welt endet nicht am Campus-Rand

Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zeigt, dass es auch möglich ist, Neonazis bereits entgegenzutreten, bevor sie hochschulpolitisch aktiv werden können.

Der aus Hamm stammende Neonazi-Kader Sascha Krolzig hatte zum Wintersemester 2009/2010 ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld aufgenommen. Mit Unterstützung antifaschistischer Gruppen outeten ihn Studierende der Universität öffentlich. Sowohl in einer von 400 Studierenden inklusive Krolzig besuchten Vorlesung als auch in der Mensa und an anderen stark frequentierten Orten an der Hochschule wurden insgesamt 1.000 Flugblätter verteilt, die über Krolzig, seinen politischen Hintergrund und seine Aktivitäten aufklärten. Eine Arbeitsgruppe sollte ausarbeiten, wie die weitere Präsenz des Neonazi-Funktionärs an der Universität verhindert werden kann. Die Aktionen waren ein gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit von antifaschistischen Gruppen innerhalb und außerhalb der Hochschule.

"festival contre le racisme" (fclr)

Entlehnt ist die Kampagne vom französischen Dachverband der Studierenden (UNEF), der das "festival contre le racisme" bereits seit über einem Jahrzehnt in Frankreich veranstaltet. In Deutschland bietet der Dachverband "freier Zusammenschluss von studentInnenschaften" (fzs) an, sich innerhalb einer Aktionswoche an dem "festival contre le racisme" zu beteiligen. Mit einem selbst gewählten Mix aus Politik und Kultur soll der Rahmen für Informationsveranstaltungen, Ausstellungen und Kulturveranstaltungen gegeben werden. So entstehen Aktionswochen, in denen sich Studierende über Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung im Alltag, studentische Verbindungen, Internationalisierung des Studiums, Flüchtlingspolitik oder die Situation ausländischer StudentInnen informieren und diskutieren können.

In NRW findet das fclr seit Jahren z.B. in Bielefeld, Düsseldorf und Köln regelmäßig statt, um StudentInnen in einer lockeren Festival-Atmosphäre für anti-rassistisches Engagement an ihrer Hochschule zu mobilisieren.

Selbstdarstellungen der Herausgeber

Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf

Der Antifa-AK an der FHD wurde im Jahr 1989 gegründet und arbeitet seitdem – von generationswechselbedingten Übergangsphasen abgesehen – kontinuierlich an antifaschistischen und antirassistischen Themen. Seit vielen Jahren findet einmal monatlich in Kooperation mit weiteren Veranstaltern eine Veranstaltung im Rahmen unserer Reihe "INPUT – antifaschistischer Themenabend" statt. Bisher haben wir über 20 Wochenendseminare durchgeführt, zumeist mit dem Ziel, interessierte Menschen, insbesondere Studentinnen und Studenten an das von uns bearbeitete Themenfeld heranzuführen, ihnen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln und sie zu antifaschistischer Arbeit zu motivieren. Wir unterstützen antifaschistisches Engagement innerhalb und außerhalb der Hochschule und beteiligen uns auch aktiv an antifaschistischen Aktionen. Ebenso beteiligen wir uns an der Planung und Durchführung jährlicher Gedenkstättenfahrten.

Kontakt:

Antifa-AK
c/o AStA FH Düsseldorf
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf
E-Mail: antifa-ak@gmx.de

Antirassistisches Bildungsforum Rheinland

Das Antirassistische Bildungsforum Rheinland (ABR) ist ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, politische Bildungsarbeit zu organisieren und zu

koordinieren. Unser Schwerpunktthema ist die fortschreitende Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft. Hierbei arbeiten wir eng mit dem "Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin" (www.apabiz.de), "NRW Rechtsaußen" (www.r-press-nrw.de) und "LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW" (www.free.de/lotta) zusammen. Wir verfügen über einen Pool an Referent/inn/en, die in verschiedenen Berufsfeldern mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, extreme Rechte, Jugendkulturen und Zeitgeschichte beschäftigt sind, wie zum Beispiel der Sozialpädagogik, Geschichte, Sozialwissenschaften, Politikwissenschaften und des Journalismus. Diese unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen ermöglichen eine breite Zielgruppenorientierung sowie ein thematisch breit gefächertes und interdisziplinär konzipiertes Programm für die bildungspolitische Praxis. Wir bieten eine Reihe von Vorträgen und Workshops an, eine Themenliste kann jederzeit bei uns angefragt werden. Wenn wir einzelne Themen nicht selbst abdecken können, vermitteln wir gerne externe sachkundige Referent/inn/en.

Wir erstellen auf Anfrage Expertisen (z.B. zur extremen Rechten in bestimmten Regionen oder zu einzelnen Ausformungen der extremen Rechten) und stellen Material für die Bildungsarbeit zusammen.

Vom ABR organisierte Wochenend- oder Tagesseminare, Vorträge und Workshops wurden bisher in verschiedensten Bereichen und schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Die-

ses beinhaltet sowohl die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen, die Erwachsenenbildung, Fortbildung von Trägern der politischen Bildung (Multiplikator(inn)enschulungen) wie zugleich eine praxisorientierte Bildungsarbeit mit Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien.

Außerdem führen wir zusammen mit einigen Kooperationspartnern Gedenkstättenfahrten, z.B. nach Oswiecim/Auschwitz, durch.

Wir haben an diversen Publikationen mitgewirkt, z.B. an der Broschüre "Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen – Regionalausgabe Rhein-Ruhr/NRW" und am Buchprojekt "Autonome Nationalisten. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur".

Kontakt:

Antirassistisches Bildungsforum
Rheinland
c/o Le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn
Email: bildungsforum@gmx.de
Tel.: 01520/8494450

Arbeitsstelle Neonazismus

Die 1987 von Prof. Christiane Rajewsky gegründete Einrichtung wurde 1994 durch das nordrhein-westfälische Ministerium für Wissenschaft und Forschung als Forschungsschwerpunkt "Rechtsextremismus und Neonazismus" anerkannt.

Leitung:

Seit März 2010 leitet Prof. Dr. Fabian Virchow den Forschungsschwerpunkt, der als "Arbeitsstelle Neonazismus" in der Öffentlichkeit bekannt ist.

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen:

Adelheid Schmitz, Sozialpädagogin
Alexander Häusler, Sozialwissenschaftler

Projektmitarbeiterinnen des XENOS-Projekts "born to be me":

Isolde Aigner

Günay Köse

Kontakt:

Arbeitsstelle Neonazismus – Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der FH Düsseldorf
Universitätsstraße 1,
Geb. 24.21
40225 Düsseldorf
<http://www.arbeitsstelle-neonazismus.de>

Unterstützer

**Düsseldorfer Appell gegen
Fremdenfeindlichkeit und Rassismus**

Lacombletstraße 10
40239 Düsseldorf

<http://www.jugendring-duesseldorf.de>
<http://www.respekt-und-mut.de/>

Studierendenschaft der Heinrich-Heine-
Universität Düsseldorf, vertreten durch:

AStA HHU
Universitätsstr. 1
40225 Düsseldorf

<http://asta.uni-duesseldorf.de/>

DGB –Region Düsseldorf-Bergisch Land

Friedrich-Ebert-Str. 34-38
40210 Düsseldorf

<http://www.region-duesseldorf-mittlerer-niederrhein.dgb.de/gewerkschaften/duesseldorf>

IG Metall Düsseldorf/Neuss

Büro Düsseldorf:
Friedrich-Ebert-Str. 34-38
40210 Düsseldorf

Büro Neuss:
Hammer Landstr. 5
41460 Neuss

<http://netkey40.igmetall.de/homepages/duesseldorf/startseite.html>

Studierendenschaft der FH Düsseldorf,
vertreten durch:

AStA FH Düsseldorf
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf

<http://www.asta-fh-duesseldorf.de>

Adressen und Kontakte

**Antifaschistischer Arbeitskreis an der
FH Düsseldorf**
siehe Seite 53

**Antifaschistische Bildungsinitiative
Münsterland (ABM)**
<http://muenster.antifa.net>

Antifaschistisches Infoblatt
<http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/>

**Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.**
<http://www.apabiz.de>

**Antirassistisches Bildungsforum
Rheinland (ABR)**
siehe Seite 53

**Agentur für soziale Perspektiven e.V.
(ASP e.V.)**
(unterstützt jugendliches Engagement
gegen rechte Jugendkulturen)
<http://www.aspberlin.de/>
siehe auch:
<http://www.dasversteckspiel.de/>

**Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme
Tendenzen bei Jugendlichen**
<http://sites.google.com/site/akruhr/home>

**Argumente und Kultur gegen Rechts
e.V. und Leo-Trepper-Archiv**
Postfach 102948
33529 Bielefeld
E-Mail: leo.trepper@gmx.de

**Arbeitsstelle Neonazismus FH
Düsseldorf**
siehe Seite 54

**Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus
in den Regierungsbezirken Arnsberg,
Detmold, Düsseldorf, Köln und
Münster**
Übersicht siehe u.a.
<http://www.gewaltakademie.de/gaeste/html/beratungsnetzwerk.html>

Blick nach rechts
(Informationsdienst)
<http://www.bnr.de>

**Der Rechte Rand. Informationen von
und für AntifaschistInnen**
(Zeitschrift)
<http://www.der-rechte-rand.de/>

Düsseldorfer Appell
siehe Seite 55

**Duisburger Institut für Sprach- und
Sozialforschung (DISS)**
<http://www.diss-duisburg.de/>

**Hartmut-Meyer-Archiv der VVN/BdA
NRW**
E-Mail: hm_archiv@yahoo.de
<http://www.nrw.vvn-bda.de>

**Info- und Bildungsstelle gegen
Rechtsextremismus des NS-
Dokumentationszentrum der Stadt Köln**
<http://www.nsdok.de/ibs>

**Informations- und
Dokumentationszentrum für
Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-
Westfalen (IDA NRW)**
<http://www.ida-nrw.de>

**Koordinierungskreis antifaschistischer
Gruppen aus Düsseldorf und Neuss
(Antifa-KOK)**

<http://www.antifa-kok.de>

**Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen
NRW**

<http://laga-nrw.de>

**LOTTA – antifaschistische Zeitung aus
NRW**

<http://projekte.free.de/lotta/>

Netz gegen Nazis

(Informationsportal zum Thema "Rat und
Tat gegen Rechtsextremismus)

<http://www.netz-gegen-nazis.de/>

NPD-BLOG.INFO

(Recherche- und Dokumentationsprojekt
zu den Themen Rechtsextremismus, Neo-
nazis, NPD sowie menschenfeindliche
Einstellungen)

<http://www.npd-blog.info>

NRW rechtsaußen

(Informationsdienst)

<http://www.r-press-nrw.de>

redok

(Recherchen und Berichte vor allem aus
den Bereichen Rechtsextremismus,
Rassismus, Neonazismus)

<http://www.redok.de>

**Schule ohne Rassismus - Schule mit
Courage**

Landeskoordination NRW

eMail: [schule-ohne-rassismus-
nrw@gmx.de](mailto:schule-ohne-rassismus-nrw@gmx.de)

<http://www.schule-ohne-rassismus.org/>

**TERZ – Düsseldorfs Stadtzeitung für
Politik und Kultur**

(mit vielen Beiträgen zur extremen
Rechten in der Region Düsseldorf)

<http://www.terz.org>